

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Pettzelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 219.

Donnerstag, den 19. September 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Reichsrentner aus höheren Kreisen.

Dem alten Gaunergrundsatz: „Haltet den Dieb!“ folgend, sind eifensittige Junker und skrupellose Industriemänner samt ihren gutbezahlten Prälaten wieder dabei, die Arbeiterschaft ganz allgemein der Erschwindelung von Invalidenrenten zu bezichtigen. Dieselben blaublütigen Herren, die wie kleberige Parasiten am Gesellschaftskörper saugen und ihren ganzen Unterhalt aus dem Fleiße und Schweiß des werktätigen Volkes bestreiten, erheben, um die Aufmerksamkeit von ihrem Schmarokerbausein abzulenken, gegen die zu schwerer Arbeit verpflichteten Minderbemittelten den frivolen Vorwurf, daß sie es seien, die als „Staatsrentner“ der Allgemeinheit zur Last fallen. Mehr als einmal ist ihnen schon mit dem Hinweis gedient worden, welche Rolle die lumpigen wohlverdienten Invalidenrenten gegenüber den 103 Millionen Mark des deutschen Beamten-Pensionsfonds spielen, wie munter und gesund die pensionierten Generale herumlaufen, die in großen industriellen Betrieben, Waffenfabriken und dergl. Zehntausende „nebenbei“ verdienen, mit welcher Rüstigkeit zum Beispiel General Liebert im Lande umherreist, während er zur Ausfüllung seines militärischen Berufes, wie „zu invalide“ ist. Was von diesen pensionierten Feldherren gilt, die dem deutschen Volke über 100 Millionen Mark kosten, das gilt natürlich in gleichem Grade von den hohen Staatsbeamten der Staaten und Stättlein, die uns ebenso schwer auf den Taschen liegen, wie ihre Kollegen vom Reich. Kein Kontrollbeamter stört diese Reichsrentner in ihrer idyllischen Ruhe oder in ihrer eifrigen Geschäftigkeit auf, niemand fragt danach, ob sie noch ein Drittel dessen verdienen können, was „ein Gesunder in seinem Beruf“ verdient. Man fragt nicht einmal danach, ob die hohen Herren, die aus des Volkes Steuern ihre Invalidenpensionen beziehen, das Zehnfache dessen verdienen, was sie früher an Gehalt vereinnahmten. Keine Sanktion zieht rücksichtslos und entrüstet gegen Simulation und Rentenfucht der oberen Zehntausend zu Felde, kein klägliches Geschrei rechnet ihnen die Heller und Pfennige nach, wie das beim Arbeiter geschieht, der die Kosten der Versicherung obendrein noch selbst verdienen und bezahlen muß. Dort gilt ein für alle mal die generelle Ausrede: Der Herr Offizier ist nur für die Ausübung seiner militärischen Dienstpflichten untauglich, aber nicht für einen bürgerlichen Beruf. Wer könnte die Berechtigung des Unwillens der Bevölkerung über diese Auslegung mit Beweisen belegen? Wo bleiben hier die Vertrauensärzte, die nach Jahren wiederholt das Vorhandensein der Invalidität nachprüfen? Sie sind natürlich nicht vorhanden, mit dergleichen werden höchstens die unehrlichen Arbeiter, alte Schenker- und Kinderfrauen, Knechte und Mägde belästigt, nicht aber der eheliche Stand der oberen Zehntausend.

Wie es mit der Invalidität der Reichsrentner aus den oberen Zehntausend manchmal bestellt ist, dafür läßt uns zu passender Stunde ein vortrefflicher Beweis in die Hände, den wir zu aufmerksamem Studium den Hebern gegen die Arbeiterinvaliden, zu noch aufmerksamem aber den Arbeitern selbst empfehlen. Im offiziellen Protokoll der Hauptversammlung des deutschen Ärzteverbandes, die am 20. Juni d. J. in Münster getagt hat, wird auch über die Verhandlungen berichtet, die das Verhältnis zwischen Zivil- und Militärärzten betrafen. Sie liefern recht bezeichnende Dokumente für den Grad der Invalidität, der dazu genügt, den höheren Beamten Pensionen aus Reichsmitteln zuzuwenden. Ein ärztlicher Referent aus der Stadt Dels machte nämlich auf dem Kongress seinen Berufskollegen Mitteilung von zwei Reichsrentnern, deren persönliche Verhältnisse sich wie folgt darstellten:

Nr. 1 bezieht als ehemaliger Militärarzt eine Pension von monatlich 180 Mark, also jährlich 2160 Mark. Er ist trotz seiner Invalidität imstande, eine Distriktsarztstelle an einer Ortskrankenkasse mit einem Jahresgehalt von 6000 Mark zu bekleiden und außerdem noch als Kassenarzt zu fungieren und auch noch Privatpraxis auszuüben.

Nr. 2 bezieht als ehemaliger preussischer Stabsarzt eine Invalidenpension von jährlich 1800 Mark. Er war früher als Arzt an einer Beratungsanstalt mit 8000 Mark tätig, übte dann später Kassenpraxis mit gleichem Gehalt aus und ist im Frühjahr vorigen Jahres verabschiedet, eine Kassenarztstelle der Ortskrankenkasse der Metallarbeiter mit einem Gehalt von 8000 Mark zu übernehmen.

Der Referent fügte diesen Tatsachen nur die einfache Feststellung hinzu: „Wenn diese beiden Ärzte imstande sind, Stellungen wie die bezeichneten auszufüllen, so können sie doch unmöglich invalide sein.“

Hier haben wir einen so frappanten Fall von Ausnutzung der Reichspension durch Klassengenossen derer, die unermüdet gegen die Arbeiterschaft hehen, wie er gar nicht übertroffen werden kann. Hier kann uns niemand weismachen, daß es sich um die Untauglichkeit zu einem bestimmten Beruf handelt, denn vor wie nach der „Invaldisierung“ üben diese Reichsrentner genau denselben Beruf aus, einen sehr einträglichen Beruf, wie die Zahlen beweisen.

Bezugnehmend auf diese dokumentarischen Feststellungen laden wir die unehrliche Preßgesellschaft, die sich an Verunglimpfung der Arbeiterinvaliden nicht genug tun kann, wiederholt ein, die Schärfe ihrer Kritik gegen die großen Ausbeuter zu kehren, die unbehelligt und unangekränkt von Gewissensskrupeln bei voller Gesundheit aus dem Säckel des Staates zehren. Aus dem Säckel der Armen, die mit ihren Brot- und Fleiß- und Salzsteuern die Summen für jene Pensionen zusammensparen. Wie wäre es, wenn die bürgerliche Presse ihre Räuberartikel einmal gegen die eigenen Klassengenossen kehrte, gegenüber denen die Simulanten der Arbeiterschaft doch nur hilflose Waisenkinder sind?

Politische Rundschau.

Deutschland.

Im Zeichen der „Abrüstung“.

Auf Borkum wird eine Matrosen-Artillerie-Garnison errichtet werden. Die Pläne zu der Kaserne liegen schon vor.

Vom Kaiser und vom Kaisermanöver.

Wilhelm II. ist mit der deutschen Kavallerie unzufrieden. Wenigstens berichtet die Militärpolitische Korrespondenz über seine Kritik an den Leistungen des Kaisermanövers folgendes:

Während der Monarch besonders die Marschleistungen anerkannte, hat er sich — ähnlich wie im Vorjahre — scharf gegen die Ungenauigkeit der Kavallerieführung gewendet und den Mangel an richtiger Initiative seitens der höheren Reiterführer getadelt. Am ersten Tage des Manövers hat anscheinend die Kavalleriedivision B den Erfolg für die rote Partei beinahe in Frage gestellt. Nur durch den 65-Kilometer-Marsch der 19. Division von Byramont nach Brakel und ihr rechtzeitiges Eingreifen westlich des viel umstrittenen Hampenhäuser Berges ist die schwierige Lage für Rot gerettet worden. Im kritischsten Moment des Tages standen die sechs Regimenter der Kavalleriedivision B mit Artillerie und Maschinengewehren untätig bei Ertele.

Wilhelm II. darf sich nicht darüber beklagen, daß die Kavallerie in einem Gelände, in dem pompöse und militärisch ganz wertlose Attacken nicht geritten werden können, so ziemlich versagt, denn er ist ein großer Freund parade-mäßiger Attacken, und da er der „oberste Kriegsherr“ ist, werden selbstverständlich die Truppen auf seine Lieblingswünsche eingedrillt.

Aber die Leistungen einiger Infanterieabteilungen wird von derselben Korrespondenz berichtet:

Die Eigenart der von Borchholz auf Rothe führenden Straße, des Angriffsweges der 41. Infanteriedivision, hat es mit sich gebracht, daß einzelne Bataillone in der Dunkelheit nach einer ganz falschen Richtung angeordnet wurden. Als der Tag graute und der Kaiser noch während des Halbdunkels die Selbungen abritt, standen mehrere Abteilungen von Blau auf nahe Entfernungen im Feuergefecht gegeneinander, ohne zu wissen, daß sie Freund auf Freund schoß.

Sehr erbaulich, aber immer noch nicht so schön, als im Kaisermanöver von 1898, wo beide Armeen aneinander vorbei in die Luft stiegen, die eine von Norden nach Süden und die andere von Osten nach Westen marschierte.

Die Marschleistungen hat, wie oben gemeldet, Wilhelm II. gelobt. Wir finden wenig Lobenswertes daran, denn wie ihre Folgen aussehen, zeigt folgender Bericht eines militärfremden Blattes, dessen Berichterstatter aus eigener Kenntnis der Dinge urteilt:

Eine stramme Brise milderte den Tag hindurch, selbst in den Mittagstunden, die Wärme so angenehm, daß es eigentlich unverkündlich ist, wie bei manchen Regimentern über 300 Mann zusammengebrochen sind, und die Feldlazarette dem Bedürfnis kaum genügen. Bei den Danseaten, dem 76. Regiment, mußten 30 Leute, die schwer erkrankt sind, mit dem Dampfer abtransportiert werden, und einzelne Reservisten werden sich heute einen Knacks fürs Leben geholt haben.

Es bedarf auch für den Laien keiner besonderen Betonung, daß derartige Anstrengungen vollkommen untauglich sind. „Denn“, schrieb vor mehreren Jahren über ähnliche Märsche ein Sachverständiger, „im Kriege hilft es sehr wenig, wenn der Soldat früher im Manöver der-

artige horrende Märsche mitgemacht hat. Die mobile Armee setzt sich zum weitaus größten Teile aus Reservisten und Landwehrlenten zusammen, und diese Mannschaften müssen sich im Anfang eines Feldzuges immer erst an lange Märsche gewöhnen. Dies wird ihnen dadurch, daß sie sich vor mehreren Jahren in einem Manöver ein paar Tage hindurch die Füße wundlaufen mußten, nicht im geringsten erleichtert. Auch zur Durchführung der Manöver sind solche Parforcetouren nicht nötig, denn im Manöver kann durch Befehle alles nach Belieben geregelt werden.“

Aber was schadet es, wenn im Frieden schon die Feldlazarette den Bedürfnissen nicht genügen und ein paar „Kerls“ einen Knacks fürs Leben mitbekommen, „effektiv“ wie Kavallerieattacken sind Märsche von 60 Kilometer und mehr immer, und Effekt ist, nicht zuletzt in der Armee, alles!

Neue Steuerpläne.

Unter den neuen Steuerprojekten, die das Reichsschatzamt dem Reichstage vorzulegen gedenkt, befindet sich auch, wie in verschiedenen Blättern versichert wird, die Zigarren-Bänderollensteuer. Bereits bei den Reichstagsverhandlungen über die neue Zigarettensteuer wurde vielfach der Ansicht Ausdruck gegeben, daß ihr zur Ergänzung die Zigarren-Bänderollensteuer nachfolgen werde, und der Herr Staatssekretär Freiherr v. Stengel erklärte denn auch am 4. Mai vorigen Jahres ganz freimühtig, daß „vom steuerlichen und vom sozialpolitischen Standpunkt“ aus das Bänderollensteuer den Vorzug habe.

Unter diesen Umständen verdient eine jüngst erschienene Schrift eines Herrn Dr. Julius Liffner, der früher Leiter einer Zigarrenfabrik war, über die „deutsche Tabakfrage“ besonderes Interesse, denn sie zeigt, zu welchen Konsequenzen das Bänderollensteuer führt. Der Verfasser des Werks schätzt den Konsum an Zigarren in Deutschland auf 8 Milliarden Stück pro Jahr. Davon kommen:

| | |
|-----------------|-----------------|
| 1 Milliarde auf | 4 Pfg.-Zigarren |
| 6,12 „ | 5-6 „ |
| 0,8 „ | 7-10 „ |
| 0,08 „ | über 10 „ |

Für diese vier Klassen von Zigarren macht Herr Liffner folgende Steueranschläge:

| Kleinstverkaufpreis: | Steuer per Mille: |
|-------------------------|-------------------|
| bis zu 4 Pfg. per Stück | 3 Mk. |
| 5-7 „ | 6 „ |
| 8-12 „ | 12 „ |
| über 12 „ | 24 „ |

Außerdem soll für importierte Zigarren noch ein besonderer Zoll eintreten.

Die Gesamtkosten der Steuererhebung und -kontrolle werden auf 2,5 Millionen geschätzt, so daß rund 50 Millionen der Reichskasse fließen sollen.

Die Lasten, welche durch diese Steuerzüge den vier Raucherklassen erwachsen würden, schätzt Herr Liffner folgendermaßen ein:

Der Angehörige der Klasse IV (12½ Proz. aller Zigarrenraucher; die relativ Armen) raucht seine 3 und 4 Pfg.-Zigarren zu demselben Preise weiter wie bisher; eine selbst dem erfahrenen Fachmann kaum merkliche Qualitätsminderung ist nicht absolut ausgeschlossen, aber unwahrscheinlich.

Der Angehörige der Klasse III (76½ Proz. aller Zigarrenraucher; die breite Mittelschicht) muß, wenn er keinerlei Einbuße an der bisherigen Qualität dulden will, statt 5 später 6 Pfg., statt 6 später 7 Pfg. für seine Zigarre bezahlen und hat somit eine jährliche Mehrausgabe von 10 Mk. zu erwarten.

Der Angehörige der Klasse II (10 Proz. aller Zigarrenraucher; die Wohlhabenden) muß, wenn er keinerlei Einbuße an der bisherigen Qualität dulden will, statt 7 später 9 Pfg., statt 8 später 10 Pfg., statt 10 später 12 Pfg. für seine Zigarre zahlen und hat somit eine jährliche Mehrausgabe von 20 Mk. zu erwarten.

Der Angehörige der Klasse I (1 Proz. aller Zigarrenraucher; die Reichen) muß, wenn er keinerlei Einbuße an der bisherigen Qualität dulden will, anstatt 12 später 15 bis 16 Pfg., überhaupt insgesamt 3½ Pfg. mehr als vorher für seine Zigarre zahlen. Raucht er aber importierte Havanna-Zigarren, so muß er 7 Pfg. mehr als bisher für seine Zigarre zahlen. Der Raucher feinsten, in Deutschland hergestellter Zigarren hat somit eine jährliche Mehrausgabe von 35 Mk., der „Importraucher“ eine jährliche Mehrausgabe von 70 Mk. zu erwarten.

Es erwacht demnach selbst dem bescheidenen Raucher, der jetzt täglich nur zwei oder drei Zigarren zu 5 Pfg. raucht, ganz beträchtliche Mehrkosten. Raucht er zum Beispiel täglich drei Zigarren, dann muß er künftig 3 x 365, also 1095 Mark 95 Pfg. mehr für Zigarren pro Jahr ausgeben als heute, und bei einem täglichen Verbrauch von fünf Zigarren zu 5 Pfg. pro Stück steigt gar die Mehr-

ausgabe auf 18 Mark 25 Pfg. Die Folge würde sicher eine Abnahme des Zigarettenverbrauches sein und diese wieder ein Rückgang der Zigarettenfabrikation, d. h. eine Entlassung von so und so vielen Arbeitern, die bisher in der Zigarettenherstellung ihr Brot fanden. Sedoch die Welt- und Kolonialpolitik erfordert neue Mittel, und da die Interessenten dieser Politik die Kosten nicht tragen wollen, müssen die Genussmittel der breiten Masse herhalten.

Der neue Hansminister — ein Eulenburg!

Der preussische „Staatsanzeiger“ meldet: Der Kaiser und König gewährte dem Minister des königlichen Hauses v. Wedel unter Belassung des Ranges als Staatsminister und Verleihung der Brillanten zum Schwarzen Adlerorden die nachgeordnete Entlassung aus dem königlichen Dienste zum 1. Oktober und beauftragte mit der Verwaltung des Hansministeriums bis auf weiteres den Oberhof- und Hausmarschall Grafen zu Eulenburg. — Der Titel wird wohl nicht lange auf sich warten lassen.

„Wenn nicht heute, so doch morgen“.

Mit diesen Worten, die Abg. Fischbeck am Sonntag nachmittag in der Schlussversammlung des volksparteilichen Parteitages aussprach, ist die Stellung des Liberalismus zur preussischen Wahlreform bezeichnet. Schon kündigt der Bundesrat auf seinem Arbeitsplan die Beratung des Vereinsgesetzes und der Börsereform an und bestätigt dadurch die gestern von uns ausgesprochene Vermutung, daß der Freisinn sich in bezug auf die Wahlreform mit Zukunftsversprechungen begnügt hat. Das bestätigt Fischbeck mit folgenden Worten:

Die gestrigen Verhandlungen haben gezeigt, daß es in unserer Partei in bezug auf diese Frage (der Wahlreform) demokratische und nichtdemokratische Elemente nicht gibt, sondern nur einen einheitlichen Willen, nämlich alles aufzubieten, was in unseren Kräften steht, um diese Zwangsbürgung des freien Volkswillens niederzuzwingen und an seiner Stelle anzurichten das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht. (Lebhafte Beifall.) Wir wissen aber auch, daß dieser Kampf schwer ist, und können wir nicht alle Wälle und Schanzen an einem Tage niederzwingen, dann muß Breche geschaffen werden, weil um Wall und Schanze um Schanze erkämpft; aber niemals darf das Endziel aus dem Auge gelassen werden: die ganze Feste muß hernieder, und wir dürfen nicht ruhen, bis schließlich aufgezogen wird die Fahne des Reichstagswahlrechts. (Beifall.) Die Sozialdemokraten möchten, daß wir an ihre Straß fänden. Wir gehen nicht mit der Sozialdemokratie ein Bündnis ein, weil wir wissen, daß sie an der nächsten Stagesende den Partner anzurichten und niederzuschlagen bereit ist. Wollten wir diesen ihren Gedankengang folgen, wir haben auf das Wiederannähmgen nur die eine Antwort: Freigeist, ich frage dich! Wir wollen diesen Kampf führen, so wie wir ihn für gut befinden, daß in der einmütigen Beschlusse des gestrigen Parteitages. Unsere Meinung ist: Kein Wahlgesetz, was das bestehende Unrecht konserviert, sondern nur ein solches Gesetz, das das gleiche, geheime, allgemeine, direkte Wahlrecht enthält oder mindestens uns die Gewähr bietet, daß wir, wenn nicht heute, so doch morgen zu diesem Wahlrecht kommen können. Vorwärts für Kultur und Fortschritt, vorwärts für Recht und Gerechtigkeit! (Lebhafte Beifall.)

„Wenn nicht heute, so doch morgen!“ Das freisinnige Volk, das zahlreich genug versammelt war, hat gegen diese Verschleppung nicht protestiert und damit die Aussicht für die Wahlreform verkleinert. Ein hartes Stück von Unversöhnlichkeit gehört freilich dazu, obige Sätze über die Sozialdemokratie auszusprechen. Das sagt ein Mann, der genau weiß, daß die Hälfte der Liberalen seit 14 Jahren durch sozialdemokratische Wahlhilfe ins Reichsparlament zogen, und daß der Freisinn die Sozialdemokratie in allen Schwächen kräftig im Rücken liegt! Der Verlauf der „Partei“ wird ja zeigen, wie lange der Liberalismus bereit ist das Volk zu veräugen und wie lange das Volk sich von ihm retten läßt.

Zur Neuordnung des Apothekenwesens.

Die vierte Hauptversammlung des Verbandes landwirtschaftlicher Apotheker Deutschlands erklärte in einer Resolution die eingehende Regelung des Apothekenwesens im Deutschen Reich für unbedingt notwendig und unabweisbar und das von den meisten deutschen Bundesstaaten angenommene Prinzip der unübertragbaren Personalpatente für das zweckmäßigste.

Rußland.

Ein Verurteil. Einem Fälle des Rigauer Appellationsgerichts hat die Kaiserliche Regierung gegen 63 leitende Revolutionäre, die im Herbst 1905 eine Reihe von Streikaktionen begangen, besonders Besatz und Währungsreform erzwungen, Papieren und Geldscheinen vertrieben und Schiffe gebrandschatzt haben, 22 wurden zum Tode, 3 auf Lebenszeit zur Zwangsarbeit, einer zu 20 Jahren, ein anderer zu 8 und einer zu 13 Jahren Zwangsarbeit, 6 Familien zur Verbannung in Sibirien verurteilt. 12 wurden freigesprochen.

Schweden.

Geld für Kulturanlagen. In der Synode, wo es geht um die Frage der Generalstaaten, des schwedischen Parlaments, erörtert man, werden angeordnet: Vorschläge zu einer ultimativen Erhöhung der Bundessteuer, Maßregeln zur Rettung Schiffbrüchiger, Übernahm der Desinfektionsarbeiten durch den Staat und zur Fleischbeschau. Ferner enthält die Synode die Erklärung, daß die Entwerfung zur Verfassungsbildung bezüglich des Wahlrechts der Generalstaaten vorzugehen werden würden. — In Deutschland hat man bekanntlich kein Geld für Kulturanlagen!

Ein Schicksal der Politiker auf Ceylon. Das Parlament wird gemeldet, daß am 2. September bei einem Sturm auf die Stellung des Schiffes am Fuß der Bombenberaubung im Bezirk Wandig auf Ceylon die niederländischen Truppen und Soldaten zurückgelassen wurden. Es fielen 7 Mann, 17 Mann wurden verwundet. Der Führer der Truppen erhielt eine leichte Verletzung.

Soziales und Parteileben.

Die Berliner Steinmetzen stehen in der dritten Woche im Streik. Sie haben keinen Grund mit dem bisherigen Verlauf ihrer Bewegung unzufrieden zu sein, denn 15 Firmen haben die aufgestellten Forderungen bereits bewilligt. Etwa hundert Mann stehen noch in den Streiklisten verzeichnet und sind entschlossen, auszuharren, bis sie den Erfolg auf ihrer Seite sehen. Es handelt sich hauptsächlich noch um drei größere Firmen, die vor dem Streik zusammen 110 Mann beschäftigten; unter den letzteren sind viele ältere Leute, einige waren 10 bis 20 Jahre in ihren Stellungen. Die Organisation sorgte für diese Leute, daß sie bei anderen Firmen eintreten konnten. Der Kampf gegen die drei Hauptgegner wird energisch fortgeführt.

Der Streik in der Berliner „Morgenpost“ ist beendet. Das Buchdruckerpersonal der Firma Ullstein, das gegen den Willen des Hilfsarbeiterverbandes am Sonnabend abend in den Ausstand trat, nahm die Arbeit auf Veranlassung der Organisation zu den alten Bedingungen wieder auf. Die „Morgenpost“, die im Verlage der Firma Ullstein erscheint, hatte am Sonntag durch den ausgedehnten Streik ein sehr „reduziertes“ Aussehen.

Der Streik der Niederläufiger Bergleute hat begonnen. Die Arbeiter haben in letzter Stunde noch versucht, den Frieden aufrecht zu erhalten. Im Auftrage der Lohnkommission hat sich der Obmann derselben am 10. d. M. mit einer Eingabe an den zuständigen Staatsaufsichtsbeamten, den Herrn Bergmeister Richter, für das Revier West-Kottbus gemeldet. Höflich und bescheiden bitten die Bergleute darin den Revierbeamten um seine Vermittlung. Auf das Schreiben lief folgende Antwort ein:

Kottbus, den 13. September 1907.
Auf Ihre Eingabe vom 10. d. M., welche heute in meine Hände gelangte, teile ich Ihnen ergebenst mit, daß ich sofort bei dem Verbaude der Niederläufiger Kohlenwerke angefragt habe, ob meine Vermittlung erwünscht ist. Falls die Antwort bejahend aus, dann werde ich sofort die weiteren Schritte tun. Inzwischen bitte ich Sie, mir noch anzugeben, welche Werte in vorliegendem Falle in Frage kommen.

Die Arbeiter haben darauf sofort das Nötige verlangt — bis heute liegt aber eine Antwort noch nicht vor. In den Abendstunden des Sonnabend und am Sonntag morgen kamen Gendarmerie-Verstärkungen mit den Jägern an. Die „Hüter der Ordnung“ waren mit Säbel, Revolver und Schießprügel doppelt bewehrt und bewaffnet. Mitgebrachte Koffer und größere Gerätschaften, die sie sich auf eine längere Anwesenheit einrichteten. Sie werden auf die benachbarten Ortschaften und Gruben verteilt werden und dort zwischen Kohlenhaub und Flugsache ein heiliges Leben führen. Die Ordnung wird von der Streikleitung anstrengt gehalten.

Der Internationale Bergarbeiterkongress hat nachstehende Resolutionen, betreffend die Verkürzung der Arbeitszeit, angenommen: 1. Den Antrag Großbritanniens: Der Kongress ist der Ansicht, daß die Zeit nun gekommen ist, um größere Fortschritte zu machen in der Verkürzung des Achtstundentages in den Bergwerken (einschließlich der Eis- und Ausfahrt). Wir verpflichten uns deshalb, alle unsere Kräfte anzustrengen, um diese Frage mit größter Eile dem Parlamenten der auf diesem Kongress vertretenen Nationen aufzubringen, bis der Achtstundentag, einschließlich Eis- und Ausfahrt, Gesetz wird. 2. Den Antrag Belgiens und Frankreichs: Die Arbeitsstunden in den Bergwerken dürfen nicht acht pro Tag überschreiten, und diese Stundenzahl muß noch weiter reduziert werden in den Bergwerken, in denen schlagende Wetter, hohe Temperatur oder sonstige ungesundheitsvolle Verhältnisse herrschen. 3. Den Antrag Deutschlands und Österreichs: für die Landesgesetze in die Schichtzeit für alle Arbeiter der Bergwerkindustrie auf höchstens acht Stunden zu beschränken; in unterirdischen Betrieben ist bei hoher Temperatur nur höchstens eine sechsstündige Schicht zu gestatten. — Im Laufe der Debatte verwiesen die Delegierten Großbritanniens auf die Fortschritte der großbritannischen Föderation im Kampfe um den Achtstundentag, deren Resultat nach vierzehn Jahren endlich die Verlage einer diesbezüglichen Resolution von Seiten der englischen Regierung in der letzten Session des Unterhauses war. Diefelbe enthalte jedoch einen unannehmbaren Passus, nämlich, daß die Bergwerkbefugten im Kriegsfall oder sonst in ungesundheitsvollen Fällen, 60 Tage hindurch überstunden beschäftigt verlangen können. Der belgische Delegierte Caporetto verwies gegenüber dem in Österreich erlangten Meinungsabstand auf eine 11- bis 12stündige Arbeitszeit in Belgien und hat um Unterstützung des Kongresses der belgischen Bergarbeiter, Genieur-Frankefort sagte, daß das letzte französische Gesetz bis 1902 eine 9-stündige Arbeitszeit auf zwei Jahre und jedwede eine stündige Arbeitszeit auf weitere 4 Jahre festsetze, doch mache die Praxis überstunden zur Regel. Der französischen Organisation müsse es gelingen, in der nächsten Session einen reinen Achtstundentag durchzuführen. Herr v. Hannover beantragt die reichsgerichtliche Festlegung des Achtstundentages, der in Österreich nur für den Kohlenbergbau und den Bergbau unter Tage gelte; der übrige Bergbau und die Tagearbeiter, insgesamt über ein Drittel der gesamten Bergarbeiterzahl, seien von dem Gesetz ausgeschlossen. Bei der Abstimmung wurde die Resolution einstimmig angenommen mit der Modifizierung, im Antrage Deutschlands für Landesgesetze, Reichsgesetze einzusetzen. Ein Protest der christlichen Bergarbeitervereine von Deutschland, welchen der Delegierte Giffert namens 77 000 Bergarbeiter vorbringt, wurde zu demselben genommen. Giffert sagte darin, die Delegierten des christlichen Bergarbeiterverbandes haben den Antrag Belgien in der Resolution einverleibt zu weitgehend, soweit er sich auf schlagende Wetter bezieht, und andererseits nicht weitgehend genug, soweit es heißt: Arbeitsstunden in Bergwerken. In der Nachmittags-Sitzung des Internationalen Bergarbeiterkongresses wurde das Resultat der Mandatsverträge bekanntgegeben. Danach waren vertreten 58 belgische Delegierte, darunter 40000 belgische Arbeiter von einer Gesamtzahl von 750 000 Bergarbeitern. Zwei amerikanische Delegierte vertreten 35000 organisierte Bergarbeiter bei einer Gesamtzahl von 650 000. In den deutschen Delegierten gehörten 11 Delegierte des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, welche 110 000 Arbeiter vertreten. Der Gesamtverband deutscher Bergarbeiter mit 3 Delegierten vertritt 77 000 Arbeiter. Die belgische Verfassungskommission mit 2 Delegierten vertritt 25000 Arbeiter und enthält Vertreter von der christlichen deutschen Bergarbeiter und der christlichen deutschen Bergarbeiter. Die letztgenannten beiden Verfassungskommissionen sind auf diesem Kongress zum ersten Male vertreten. Die 19 österreichischen Delegierten vertritt 35000 organisierte Bergarbeiter bei einer Gesamtzahl von 135 000 österreichischen Bergarbeitern, 10 belgische Delegierte vertreten 65 000 organisierte Arbeiter bei insgesamt 130 000. Spanische, darunter 2 Delegierte, vertreten 30000 organisierte bei 122 000 Arbeitern. Eine lebhaft debattierte eine Resolution hervor, die auf Umgestaltung der österreichischen Verfassung dem Gesetzgebungsorgan vorgebracht wurde und

welche mit Rücksicht auf die Anwesenheit selbständiger Vertreter der christlichen sowie der polnischen Bergarbeiter Deutschlands und der Richtung Girsch-Duncker dem Kongress empfiehlt, künftighin keine Sonderorganisationen zuzulassen. Der Delegierte des christlichen Verbandes, Giffert, und Hammacher von der Vereinigung Girsch-Duncker, erklärten, im Falle der Annahme der Resolution schon jetzt den Kongress verlassen zu müssen. Der polnische Vertreter wies darauf hin, daß die polnischen Bergarbeiter keine Sonderbestrebungen verfolgen, sondern dieselben Forderungen vertreten wie die deutschen. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, nach welchem der Kongress in dieser Sache nicht beschließen soll, sondern die Resolution dem Internationalen Komitee übermitteln soll, das sich darüber schlüssig machen will oder nicht. Damit fand die teilweise stürmische Debatte ihr Ende.

Die Situation im Antwerpener Hafen ist unverändert: die Reeder bestehen nach wie vor auf bedingungsloser Unterwerfung der Streikenden. Das ist wenigstens folgender Meldung des „Hamb. Kor.“ zu entnehmen: Der Präsident der Handelskammer, Corty, unterbreitete der Föderation maritime einen Vermittlungsvorschlag im Einverständnis mit den Arbeiterführern, wonach die Arbeiter sämtlich die Arbeit sofort wieder aufnehmen wollten, wenn eine von den Arbeitern, der Föderation und der Handelskammer unter Vorsitz Cortys gebildete Kommission gleichzeitig zusammentreten und über die Arbeiterforderungen Beschluß fassen würde. Die Föderation wies auch diesen Vorschlag zurück. — Dem „Vorwärts“ wird noch aus Antwerpen vom 16. September telegraphiert: Die Unternehmervereinigung hat den Vermittlungsvorschlag des Handelskammerpräsidenten Corty einstimmig abgelehnt. Über diesen Beschluß herrschte große Erregung. Der Streik ist allgemeiner als je zuvor; es haben heute im Hafen keine 200 belgische Arbeiter gearbeitet. Auf die einfache Aufforderung Streikenden haben viele Arbeitswillige die Arbeit eingestellt. Bei der Gesellschaft „Antwerp grain works“, wo bisher noch etwa 400 Mann arbeiteten, ruht der Betrieb fast vollständig. Die bei den „Nations“ arbeitenden Frauen sind in den Ausstand getreten, auch viele deutsche Frauen verlassen Antwerpen. Gestern sind hier 200 Gendarmen zu Fuß und zu Pferde angekommen. Der Hafen ist heute wieder von Gendarmen belagert.

Zur Staatsabstimmung der württembergischen Landtagsfraktion. In zwei Parteiversammlungen am Montag und Freitag nahmen die Stuttgarter Parteigenossen den Bericht ihrer Landtags-Abgeordneten entgegen. Die Abg. Fischer, Hilbrand, Heymann, Keil und Feuerstein legten im Laufe der Debatte in längeren Ausführungen die Gründe dar, welche den Beschluß der Fraktion gezeitigt halten, dem Etat in der Gesamtabstimmung zuzustimmen. Es lagen mehrere Resolutionen vor, darunter eine scharfe Adelsresolution, welches es der Fraktion zur Pflicht machen wollte, den Etat in Zukunft für alle Fälle abzulehnen. Die Abgeordneten eruchten jedoch, keinen Beschluß zu fassen, der sie festlegt, sondern ihnen nach der jeweils maßgebenden politischen Situation die freie Entscheidung zu überlassen. In diesem Sinne wurde schließlich ein Antrag, über alle einkaufenden Anträge zur Tagesordnung überzugehen, mit 169 gegen 56 Stimmen angenommen.

Genossenschaftsbewegung.

Der 7. internationale Genossenschaftskongress findet vom 22. bis 25. September in Cremona statt. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte:

1. Die nationale Organisation der landwirtschaftlichen Genossenschaft. Referent: Herr M. B. Blem, Parlamentsmitglied, Vorsitzender des dänischen Zentralgenossenschaftsausschusses, und Herr Professor G. Rainer, Parlamentsmitglied, Vorsitzender des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften für Italien, mit dem Herrn Dr. M. Casalone als Mitarbeiter.
 2. Großeinkauf-Genossenschaft. Referent: Herr William Maxwell, Vorsitzender der schottischen Großeinkauf-Genossenschaft.
 3. Die Genossenschaft als Helferin der arbeitenden und landbauenden Bevölkerung im täglichen Leben. Referent: Herren Louis Bertrand, Parlamentsmitglied, Gründer der Brüsseler Maison du Peuple und G. Garibotti, Mitglied des Ausschusses der italienischen Lega Nazionale aus Cremona.
 4. Die Frau in der Genossenschaft. Referentin: Frau Treub-Cornaz, Vorsitzende der holländischen Frauengenossenschaftliga.
 5. Ein Vergleich der genossenschaftlichen Gesetzgebung der verschiedenen Länder. Referent: Herr Professor Attilio Gebiata, als Vertreter der italienischen Lega Nazionale.
- Weitere Gegenstände dürfen mit Zustimmung des Ausschusses zur Besprechung gebracht werden, so es die Zeit zuläßt.
- Zu dem Kongress sind schon über 400 Delegierte angemeldet, ebenso senden die Regierungen fast aller Länder, mit Ausnahme der deutschen, Vertreter. Die Delegierten erhalten auf den italienischen Eisenbahnen 40 bis 60 Proz. Preisermäßigung.

Aus Lübeck und Umgebungen.

Donnerstag, den 19. September.

Vom Senat. Senator Hermann Eichenburg hat den Vorsitz im Finanzdepartement und in der Vorsteherchaft des St. Johannis-Jungfrauenklosters wieder übernommen.

Die „Lübeckischen Anzeigen“ verzinsen anlässlich des Parteitages in Essen, dessen glänzender Verlauf ihrem Redakteur anheimelnd sehr stark im Magen liegt, allerhand Witz. Der Raum unseres Blattes ist uns zu kostbar, auf diesen Kofl einzugehen.

Bürgerauschau. In der gestrigen Sitzung gedachte der Vorsitzende in ehrenden Worten des so jäh durch einen Unfall aus dem Leben geschiedenen Mitgliedes Herrn Hermann Meeths. Die Genehmigung fand ein mit der Firma Konrad Tesdorpf abzuschließender Vertrag auf Grund der Erweiterung der Straße an der Untertrave. Die auf 80 000 M. erhöht. Ferner wurden genehmigt die Anträge des Senates auf Rendruck der Verfassung und des Gesetzes betr. das lübeckische Staatsbürgerrecht sowie ein Antrag auf Abtretung von Staatsareal an die Gemeinde Mölling zur Verbreiterung des dortigen Mühlenweges. Für die Errichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage in den Räumen des Museums lübeckischer Kunst- und Kulturgeschichte wurden 1500 M. bewilligt, für Auswechslung von Gas- und Wasserrohren im Weiter Lohberg 2865 M. Dem Lübecker Hauptverein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke wurde eine Unterstützung von 1000 Mark ausgeworfen. Der Verkauf eines 8750 Quadratmeter großen, bei der neuen Gasanstalt belegenen Platzes an die Firma Heinrich Dieckmann für 4 M. pro Quadratmeter wurde der Mit-

Gastführer gegen die Arbeitsruhe auftreten werden. Ich stelle deshalb den Antrag, daß wir hier beschließen: „Es ist Pflicht der Parteigenossen, für größtmögliche Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, auch wenn die Verhandlungen zwischen Parteivorstand und Gewerkschaften nicht abgeschlossen sind!“ Ich sehe in dem Antrag, die Kosten zu teilen, einen Versuch, die Arbeitsruhe bei der Maifeier abzuwürgen. Es gibt noch viele Gewerkschaftsführer, die von der Arbeitsruhe nichts wissen wollen und die stets insgeheim dagegen agitieren werden. Die Bedeutung der Maifeier liegt in der Zukunft, weil wir die Massen durch die Maifeier für einen künftigen Massenstreik erziehen können, wie das schon die Genossin Rosa Luxemburg in ihrer Massenstreik-Broschüre ganz richtig gezeigt hat. Ich bitte Sie um Annahme meines Antrages.

Darauf tritt die Mittagspause ein. Singer teilt mit, daß die Sitzung am Donnerstag nachmittags ausfällt, weil ein Ausflug der Delegierten ins Rührtal stattfindet.

Nachmittags-Sitzung.
(Vorbericht.)

Nach längerer Debatte wurde unter Ablehnung aller anderen Anträge der Antrag des Referenten Fischer angenommen.

Über die Reichstagswahlen spricht Weber, der treffend die Wahlmache Bülow's kennzeichnet. Das allgemeine Wahlrecht geben wir nicht preis und koste es, was es wolle. (Stürmischer Beifall.)

Die Diskussion über diesen Punkt wird auf Donnerstag vertagt. Lebhaften Beifall ruft ein Begrüßungstelegramm, das aus Stuttgart ausgewiesenen englischen Genossen Ducloux heroor.

Aus dem Gerichtssaal.

Notwehr gegen Verräucherung der Wohnung. Von der Strafkammer in Stralsund ist am 23. März die verehelichte Anna Haas wegen Freiheitsberaubung zu einem Tage Gefängnis verurteilt worden. Ihre Hausgenossin Frau Lehner K. wusch in der Waschküche. Infolge widrigen Windes rauchte der Herd und Frau K. öffnete deshalb die Waschküchen- und Hoftür. Die Angeklagte wurde in ihrer Wohnung durch den Rauch erheblich belästigt und schloß wiederholt die Türen, nachdem Frau K. sie wieder geöffnet hatte. Schließlich verließ die Angeklagte die Waschküche von außen, so daß Frau K. eingesperrt war. Erst nachdem auf das Rufen der Frau K. deren Schwester aus der Wohnung gekommen war, erlangte Frau K. die Freiheit wieder. — Auf die Revision der Angeklagten hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an

das Landgericht zurück, da der Einwand der Notwehr nicht genügend gewürdigt worden ist.

Aus Nah und Fern.

Familien-drama. Der 34-jährige Portier Karl Lörber in Berlin erschog seine beiden Kinder und dann sich selbst. Ein Kind ist noch am Leben.

Die verlorene Schnellzugskassette. Dem „Berl. Tegl.“ zufolge passierte dem um 9,34 Uhr vom Schleißchen Bahnhof abgehenden Röhner Schnellzuge ein eigentümlicher Unfall. Kurz hinter Hannover wurden die Reisenden durch einen starken Ruck durcheinandergeschüttelt. Dann hielt der Zug auf offener Strecke. Es stellte sich heraus, daß man die Hälfte des Zuges verloren hatte. Der Zug war während der Fahrt durch Reizen der Harmonikaverbindung in zwei Teile geteilt worden und hatte 40 Minuten Verspätung.

Der Typhus in Oberschlesien. Das „Königsbutter Tegl.“ meldet aus Antonienhütte, daß die Typhuserkrankungen im Abnehmen begriffen zu sein scheinen. Gestern und vorgestern kamen keine neuen Erkrankungen vor. Heute, 17. September, sind zwei neue Fälle zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der Erkrankungen beträgt bis jetzt achtzig.

Gattenmord. Nach einer Meldung aus Essen (Ruhr) erschog der Arbeiter Huger seine Frau, weil sie ihm kein Geld für Branntwein geben wollte. Der Täter wurde verhaftet.

Liebes-drama. Unterhalb Mühlheim im Sprang ein Liebespaar in den Rhein und ertrank, ehe Rettung gebracht werden konnte.

Weitere Verhaftungen wegen Landesverratsverdacht. Ein Trompeter und ein Sergeant des 8. Feldartillerieregiments in Saarbrücken wurden unter dem Verdachte, in die Schiawara-affäre verwickelt zu sein, im Manöver verhaftet.

Der Schrankenwärter vom Schnellzug überfahren. Antlich wird aus Marburg gemeldet: Am Montag Abend rannte unweit Kirchheim ein führerloses Bierfuhrwerk gegen die geschlossene Schranke bei dem Posten 35,2 der Strecke Kassel-Frankfurt. Der Schrankenwärter Rhein aus Alendorf wollte das Fuhrwerk anhalten, kam aber durch den Anprall gegen die geschlossene Schranke mit dem Pferde auf dem Wegübergegang zu Fall und wurde von dem herbeibrausenden Schnellzuge 74 d Kassel-Frankfurt überfahren. Der Wärter und das Pferd wurden getötet und das Fuhrwerk zertrümmert. Ein weiterer Schaden ist nicht entstanden. Der Wärter, Vater von sechs unversorgten Kindern, wurde ein Opfer seiner Pflichttreue.

Bei dem Grubenunglück in Merlenbach sind nach genauen Feststellungen 4 Grubenarbeiter getötet worden. Die Untersuchung durch den Bergmeister u. Brauamühl-Saargemünd hat ergeben, daß die Katastrophe nicht durch fremdes Verschulden herbeigeführt worden ist.

Ermittelt. Aus München-Gladbach ist gemeldet: Der Anstreicher Knepper, der im August seinen 15-jährigen Sohn und seine 5-jährige Tochter bei Kessel im Rhein zu ertränken versuchte und seitdem flüchtig war, wurde in Rheidt verhaftet.

Das Opfer eines Schurken. Wie der „Darmst. Tgl. Anz.“ meldet, erlag die 13-jährige Tochter des Mühlenbesizers Neuroth von der Schnafenmühle bei Dieburg im Oberrheinwald ihren schweren Verletzungen, die ihr bei dem Überfall in der Mühle zugefügt wurden.

Angenehme Glaubensgenossen hat der bekannte liberale Landtagsabgeordnete Pfarrer Grandinger. Dieser geriet am 15. September bei dem Versuch der Gründung einer Obmannschaft Kronach des Bayerischen Landesvereins staatlicher Forstarbeiter in eine gefährliche Lage. Während der Versammlung wurde Grandinger durch den katholischen Arbeiterverein unter Führung des Kaplans Böckel aus Kronach schwer bedrängt. Die Versammlung mußte den ersten Saal infolge dessen aufgeben und zog durch die Stadt nach einem neuen Saal. Dort wiederholten sich die Angriffe. Es entstand ein gewaltiger Radau und schließlich mußten Gendarmerie und Polizei einschreiten und den Saal räumen.

Brennende Schiffe. Der Reichspostdampfer „Segnbly“ des Norddeutschen Lloyd begegnete am 11. August auf 5 Grad 28 Min. südl. Breite, 90 Grad 35 Min. östlicher Länge dem in Flammen stehenden Dampfer „Fortunatus“ aus Melbourne. Da das brennende Schiff, das von der Mannschaft verlassen war, im Dampferweg Ceylon-Fremantle trieb, ist das Braut laut dem Bericht des Kapitäns des „Segnbly“ für die Schiffsahrt gefährlich. — Der Dampfer „Tasumaru“, der der Nischen-Kisen-Kaisa-Linie gehört, ist drei Meilen von Chingiang in Flammen aufgegangen. Hundert Personen sollen ihren Tod gefunden haben.

Großfeuer in Japan. In den Minen von Kosakabe bei Kotare brach Feuer aus, das sich auf das Dorf ausdehnte und 100 Häuser in Asche legte. Bei dem Versuch, das Bergwerk zu retten, barst das Wasserreservoir und die Fluten ergossen sich über das Dorf. 30 Einwohner, unter denen sich viele Frauen und Kinder befanden, fielen der Katastrophe zum Opfer.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Heute morgen entschlief sanft nach schwerer Krankheit unser lieber Sohn, Bruder und Schwager
Wilhelm Stormer
im 23. Lebensjahre, aufs tiefste betrauert von den Seinen.
Heinr. Stormer u. Frau, geb. Kipp.
Gr. Burgstraße 41/6.
Beerdigung am Sonnabend, 21. Sept., 9 Uhr, von der Leichenhalle (Burgtor) aus.

Verband d. Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands
(Zahlstelle Lübeck.)

Nachruf.

Am 17. September starb unser Mitglied, der Kollege
Wilhelm Stormer.

Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Sonnabend morgen 9 Uhr vom Burgtor-Kirchhof aus statt. Versammlung der Mitglieder zur Teilnahme am derselben 8 1/2 Uhr im Vereinshaus. Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Ein Zimmer für einen jungen Mann mit morgens Kaffee, pro Woche 2 Mk.
Wafenkauer 148, b. d. Glockengießerstr.

Ein freundliches Logis nach vorne zu vermieten
Schönkampstraße 9 b. I.

Gesucht zu sofort
ein Plattenanleger.

Wilh. Lütke, Chafotstraße 8, pt.

Gesucht
1 ältere Frau od. Haushälterin

Geverdesstraße 59, II.

Ein tüchtiger Rodschneider

außer dem Hause.
W. Wulf, Schlumacherstraße 37.

Ein Damen-Wintermantel zu verkaufen
Ablerstraße 46 a, I.

Zu verkaufen ein Kleiderschrank
Friedenstraße 24, I.

Zu verkaufen 1 weißes Eßservice f. 12 Personen, Spiegel, Bilder in Rahmen, Holzgart und Sägebock, Deckenschere und Gartengeräte
Klosterstraße 23, pt.

Eine 5 Monate alte Ziege zu verkaufen
Schützenstraße 49 b.

Billig zu verkaufen eine Art Ferkelhündin
Gartenstraße 36/3.

Tauben zu verkaufen
Füchtlingstraße 17.

Eilt! Eilt!

Achtung Radfahrer!

Wegen Umzug verkaufe bis Oktober, solange der Vorrat reicht, Fahrräder, Nähmaschinen, Mäntel, Schläuche, Laternen usw.

20% unter Preis.
O. Dortmund,
Schwarzenberg Allee 35.

Meiner geehrten Kundschaft erlaube ich mit ergebenst anzuzeigen, daß ich mein seit 32 Jahren bestehendes
Kolonialwarengeschäft
dem Herrn Rudolph Steinmann von hier käuflich überlassen habe. Das mir in so reichem Maße erwiesene Wohlwollen, für welches ich verbindlichst danke, bitte ich, auch meinem Nachfolger zu bewahren.
Hochachtungsvoll **Heinr. Kabel.**
Inh.: Cath. Kabel.
Auf vorstehende Anzeige bezugnehmend, wird es stets mein Bestreben sein, meine geehrte Kundschaft durch reelle und prompte Bedienung zufrieden zu stellen und bitte ich ergebenst, das der Firma bisher geschenkte Vertrauen und Wohlwollen auch mir gütigst zu bewahren.
Hochachtungsvoll
Rudolph Steinmann.

Morgen Freitag große Auktion
Hüzstraße 79, Laden, vormittags 10 Uhr.

Wegen gänzlicher Aufgabe eines großen Holländisch- und Weißwarengeschäftes und auf Order, wen es angeht, sollen Spitzen, Zwirne, Seide, Knöpfe, Herrenartikel, Normalunterzeuge, 24 Freischwinger, Herren- u. Damenmäntel und Ketten, Broschen, Ringe u. und vieles ungenannte mehr öffentlich meistbietend verkauft werden durch die

Auktionatoren **Albert Mohrmann, August Thießen.**

Zahle für ausgekämmtes Frauenhaar die höchsten Preise.
Empfehle gleichzeitig mein großes Lager in Haarwasser, Seifen und Parfümerien.
Wilh. Bening, Friseur, Engelsgrube 80.

Gesunden auf dem Radfahrwege nach Israelsdorf ein Paket mit Waife und Band.
Abzuholen Engelsgrube 40, II.

Visit-Karten

auf ff. Elfenbeinkarton
per 100 Stück vom 1 Mk. an.
Die Druckerei des Ldb. Volksboten.

- Dr. Schweinefleisch . . . 70 Pfg.
 - Karbonade . . . 80 -
 - Kopf und Bein . . . 20 -
 - Suppenfleisch . . . 60 -
 - Kalbfleisch . . . 50 -
 - Fetten u. mag. Speck 80 -
 - Weißes Schmalz . . . 70 -
- sowie sämtliche Wurstsorten.
Jeden Sonnabend von 5 Uhr an:
Heiße Knackwurst.

Hans Werk,
W. Strohsfeldt Nachf.
Glockengießerstraße 73.

Johannes Probst
Uhrmacher
Reparaturen unter Garantie prompt und billig. Federn R. 1.50, Gläser v. 30 Pf. an.
Marktstraße 29

Achtung Bauarbeiter!
Mitglieder-Versammlung
am Freitag, 20. Septbr.
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Bericht des Vorstandes.
 3. Das Bau-Delegierten-System.
 4. Verschiedenes.
- Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Panorama
Bereitstraße 53, 1. St.
Vom 15. bis inkl. 21. September
Spreewald.

Wilhelm-Theater.
Fernspr. 1921. Dir. G. Feldhufen.
Freitag, den 20. Septemb. u. folg. Tage:
Gastspiel von Dr. Franz Ferdinand mit eigenem Ensemble.

Das Tagebuch einer Verlorenen.
Lebensbild in 5 Akten nach Marg. Böhmers gleichn. Roman von W. v. Melsch-Schillbach.
Anfang 8 Uhr.

Nansa-Theater
Lübeck.
Nur noch wenige Tage:

Er geht los.
Sonntag nachmittag 4 Uhr
(zu halben Preisen)
Auf vielseitigen Wunsch!
„Reiferemann“.
Abends 8 1/2 Uhr: **Tünnes & Kompagnie.**
Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Sochseine
*** Meiereibutter ***
Pfund Mk. 1.25
empfehlst
Carl Piper, Friedrichstr. 1.

Kronsbeeren,
täglich frisch, Wahn- und Postverwand.
Obertrabe 8. Ludw. Hartwig.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** Lübeck.
Markt 4 **10.**
Sind vortrefflich bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:
Leberhosen . . . 2,20-3,45
Hammehosen . . . 2,60-3,75
Schlösserhosen . . . 1,88-3,25
Abergehosen . . . 1,08-2,88
Zwira-Hosen . . . 1,68-3,25
keine Jacken, sondern und gerade, 1,88
Kajen, Hemden, Schlachterjacken, Freizeithosen,
Kaler-Mäntel erstaunlich billig.
Wägen von 80 Pfg. bis 1,88 Mk.
Rote Subcamaxten.

Leo Leibholz & Co.

Lübeck

Holstenstr. 25. 27. 29. 31. 33.

Schneiderinnen und Modistinnen
gewähren wir
größte Vorteile.

Kurzwaren

In unserer Engros-Abteilung
bieten wir = Wiederverkäufern =
weitgehendste Ermässigungen.

Schneiderei-Artikel.

| | |
|----------------------------|---------|
| Haarnadeln . . . 10 Pack | 5 Pfg. |
| Haarnadeln extra stark . . | 5 Pfg. |
| Lockennadeln . . . 10 . . | 5 Pfg. |
| Nähnadeln Brief | |
| 25 Stück 10 6 | 4 Pfg. |
| Messingstecknadeln | |
| 3 Briefe | 10 Pfg. |
| Stahlstecknadeln | |
| Kosmos im Karton 50 gr. | 25 Pfg. |
| Stahlstecknadeln | |
| Kosmos Brief 9 | 4 Pfg. |
| Morning Pins Stecknadeln | |
| mit schwarzem Kopf Brief | 9 Pfg. |
| Sicherheitsnadeln | |
| sortiert Dutzend | 9 Pfg. |
| Stopfnadeln Brief 25 Stck. | 12 Pfg. |

Armblätter

| | | | |
|--------------------------------|---------|--|--|
| Armblatt Tricotgewebe | | | |
| Paar 20 15 | 12 Pfg. | | |
| Armblatt extra gross, | | | |
| doppelt Batist Paar | 65 Pfg. | | |
| Armblatt . . . Paar 55 42 | 35 Pfg. | | |
| Spezialmarke: Leibholz Childs. | | | |
| Mohairschutzborde | | | |
| schwarz u. farbig Meter 9 | 5 Pfg. | | |
| Mohairschutzborde | | | |
| schwarz Meter | 7 Pfg. | | |
| Rockstoss schwarz, schräg | | | |
| geschnitten u. gesäumt Mtr. 32 | 12 Pfg. | | |
| Rockstoss m. gestreifter Kante | | | |
| Meter | 15 Pfg. | | |
| Sammetstoss m. Paspel, schw. | | | |
| und farbig Meter | 38 Pfg. | | |

| | | | |
|-----------------------------|---------------|---------|--|
| Armblatt „Korso“ Batist | | | |
| mit Spitze Paar | 75 Pfg. | | |
| Armblatt „Canfield“ | | | |
| Paar 95 80 | 65 Pfg. | | |
| Halbleinenband | Stück 5 | 4 Pfg. | |
| Köperband schwarz u. weiss | Stück 7 | 6 Pfg. | |
| Jaconnetband in all. Farben | 10 Mtr.-Stück | 12 Pfg. | |
| Schürzenband | Stück 8 | 4 Pfg. | |
| Nahtband schwarz, weiss und | | | |
| grau Stück 26 | 20 Pfg. | | |

| | | | |
|--|----------|------|--|
| Tailenband Satin mit Kante | | | |
| Meter | 9 Pfg. | | |
| Tailenband verstellbar | | | |
| Stück | 12 Pfg. | | |
| Tailenband 4 1/2 Mtr.-St. | | | |
| Stück | 14 Pfg. | | |
| Tailenband Halbseid., sch. | | | |
| grau u. weiß Meter | 15 Pfg. | | |
| Tailenverschlüsse grau | | | |
| schwarz u. weiß Stück 25 18 | 7 Pfg. | | |
| Tailenstäbe Dutzd. 28 20 | 15 Pfg. | | |
| Rockgurt abgepasst | Stück 22 | Pfg. | |
| Krageneinlage mit auswechselbaren | | | |
| Fischbeinstäbchen, grau, schwarz u. weiß | | | |
| 5 cm 6 cm 7 cm hoch | | | |
| Meter 33 Pfg. 38 Pfg. 43 Pfg. | | | |
| Krageneinlage abgepasst | | | |
| mit Fischbeineinlage Stück | 18 Pfg. | | |
| Gürteleinlage i. d. neuesten | | | |
| Formen Stück 65 45 40 | Pfg. | | |

| | | | | | | |
|-----------------|--------|----|----|----|-------------|-------|
| Natur-Fischbein | hell | 16 | 18 | 20 | 22 cm | |
| | dunkel | 19 | 18 | 22 | 25 Pfg. pro | |
| | | 12 | 15 | 18 | 22 Pfg. | Dtzd. |

| | | | |
|--|---------|--|--|
| Gummiband glatt | | | |
| Meter 28 15 | 10 Pfg. | | |
| Gummiband mit kr. Rüsche | | | |
| in allen Farben Meter | 28 Pfg. | | |
| Gummiband für ein Paar | | | |
| Strumpfbänder | 15 Pfg. | | |
| Kinderstrumpfhalter | | | |
| Paar 30 45 | 18 Pfg. | | |
| Strumpfbänder mit Schleife | | | |
| aus breit. Rüschengummi, Paar | 42 Pfg. | | |
| Damenstrumpfhalter | | | |
| „Tip Top“, Paar | 95 Pfg. | | |
| Damenstrumpfhalter | | | |
| elegant, aus fe. seid. Gummiband | | | |
| und best. Verschl., Paar 2.00 | 135 Mk. | | |
| Sockenhalter . . . Paar 95 | 48 Pfg. | | |
| Sockenhalter aus seid. Gummiband, Paar | 145 Mk. | | |

| | |
|----------------------------------|---------|
| Sternzwirn Stern | 5 Pfg. |
| Zwirn m. Goldfaden 3 Kn. | 20 Pfg. |
| ein Knäuel 55 Meter | |
| Heftgarn a. Kreuzspulen. | 8 Pfg. |
| Spule roh u. gebleicht | |
| Stopfgarn Knäuel 8 | 4 Pfg. |
| Sternseide la. Stern 6 | 4 Pfg. |
| schwarz und koul. | |
| Chappeseide a. Rollen. | |
| Folle 42 38 | 28 Pfg. |
| schwarz, ca. 450 Yds. | |
| Fingerhüte Stück 6 4 2 | 1 Pfg. |

| | | | |
|-----------------------------|---------|--|--|
| Stiefelbänder 120 100 80 cm | | | |
| Dutz 15 13 10 | Pfg. | | |
| Stiefelbänder 120 100 80 cm | | | |
| Dutz 30 25 20 | Pfg. | | |
| pa. Eisengarn | | | |
| Stiefelbänder 120 100 90 cm | | | |
| Dutz 45 40 35 | Pfg. | | |
| Macco m. Spitznadeln | | | |
| Schuhbänder 70 cm lang Paar | 38 Pfg. | | |
| Kunstseide, extra breit | | | |
| Haken u. Augen lack., Pack | 3 Pfg. | | |
| Haken u. Augen vers., Pack | 7 Pfg. | | |
| „Auto“-Hak. u. Aug. Karte | 8 Pfg. | | |

| | |
|-------------------------------|---------|
| Druckknöpfe Dutz. 14 12 8 | 6 Pfg. |
| mit rostfreier Feder | |
| Leinenknöpfe la. 3 Dtz. 16 13 | 10 Pfg. |
| Hosenknöpfe Dtzd. . . . 4 3 | 1 Pfg. |
| Junggesellenknöpfe Dutz. | 10 Pfg. |
| Beinknöpfe . . . Dtz. 12 8 5 | 3 Pfg. |
| Stiefelknöpfe . . . 3 Dutz. | 5 Pfg. |
| Steinsoßknöpfe Dtz. 28 22 | 14 Pfg. |
| 4loch, schwarz | |
| Goldknöpfe . . . Dutz. 12 | 8 Pfg. |
| mit Anker | |
| Goldknöpfe glatt, Dtz 18 10 | 8 Pfg. |
| matt und poliert. | |

Vornehme Neuheiten
in
kl. Besatzknöpfen.

Aparte Knöpfe
für
Herren-Westen.

Seidene Herkulesstressen
Meter
von 4 Pfg. an

Kunstseidebesätze
in grosser Auswahl
Meter von 15 Pfg. an.

Helle Flitterbesätze
in den elegantest. Ausführungen
von 30 Pfg. an pro Meter.

Türk. Seidenstickereien
in aparten Mustern und reicher
Auswahl.

Wäschebesätze
weiss und bunt
Stück 10 Mtr. 35 und 25 Pfg.

Monogramme und Stablen

| | | | |
|---------------------------------------|---------|--|--|
| 1 Wäsche-Buchstaben | | | |
| doppelt weiss u. rot Dutzd. | 3 Pfg. | | |
| 2 Wäsche-Buchstaben | | | |
| doppelt schwarz u. weiss Dutzd. | 5 Pfg. | | |
| 3 Monogramme | | | |
| weiss gestickt Dutzd. 75 | 58 Pfg. | | |
| Schablonen Kreuzstich | | | |
| Stück 10 | 6 Pfg. | | |
| Schablonen Jugendstil | | | |
| Stück 10 | 8 Pfg. | | |

Futterstoffe

| | | | |
|-------------------------------------|---------|--|--|
| Croisé grau, weiss, schwarz | | | |
| Mtr. 65 52 48 38 | 34 Pfg. | | |
| Jaconnet schwarz, grau, koul. | | | |
| Mtr. 40 | 36 Pfg. | | |
| Reversible glatt u. bedruckt | | | |
| Mtr. 95 68 48 | 38 Pfg. | | |
| Taffet (Rauschfütter) schwarz, | | | |
| grau, koul. Mtr. 48 42 | 38 Pfg. | | |
| Futtergaze grau, weiss, | | | |
| schwarz Mtr. 52 38 26 | 20 Pfg. | | |
| Steifleinen Mtr. 70 55 45 | 38 Pfg. | | |

Strickgarne

| | | | |
|-----------------------------|---------|--|--|
| 16. Kammgarn 4fach sch. | | | |
| 1/2 Pfund | 100 Mk. | | |
| 16. Kammgarn 4fach mel. | | | |
| 1/2 Pfund | 120 Mk. | | |
| 16. Prima D. C.-Marke | | | |
| 1/2 Pfund | 155 Mk. | | |
| 16. Prima meliert 1/2 Pfund | 140 Mk. | | |
| 20. Prima 4fach, sehr halt- | | | |
| bar 1/2 Pfund | 190 Mk. | | |
| Prima Rockwolle 8fach | | | |
| in gr. Farbenwahl 1/2 Pfund | 200 Mk. | | |

Stickereien
Koupen 1/2 Meter
1^{oo} Mk. 1^{oo} Mk.

Sämtliche Futterstoffe
zur Herren-Schneiderei.

Spitzen
in grösster Auswahl
Meter von 6 Pfg. an.

Sozialdemokratischer Parteitag zu Essen.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote.“)

Essen, den 17. September 1907.

2. Verhandlungstag. (Nachmittags-Sitzung.)

Die Nachmittags-Sitzung eröffnete um 3 Uhr Gemoell-Essen. Begrüßungs-Telegramme sind eingegangen von der holländischen und der ungarländischen Bruderpartei. (Bravo.) In der fortgesetzten Diskussion über den parlamentarischen Bericht erhält das Wort

Sonrath-Nachen: Die Hauptfrage der Diskussion dreht sich nicht mehr allein um den Genossen Nozke, sondern um die ganze Politik der Reichstagsfraktion, ob sie opportunistisch oder prinzipiell sozialdemokratisch sein soll. Ich denke, gerade in der Zeit, da man gegen die Berliner Schießscharten baut und die Rekruten auffordert, auf Vater und Mutter zu schießen, hätten wir doppelten Anlaß, unsere prinzipielle Feindschaft des Militarismus stark zu betonen. Nebel hat diese prinzipielle Seite unserer Feindschaft gegen den Militarismus stets hervorgehoben, aber in der ersten Session des neuen Reichstages war die Fraktion nicht auf der Höhe. Nozke hat nichts von der Empörung des arbeitenden Volkes den Herrschenden ins Gesicht geschrien, denen man das Vaterland raubte. Wir aber dürfen nie aufhören, die Soldaten, die Jugend über das Menschenunwürdige des heutigen Militärdienstes aufzuklären und über die Heuchelei der „christlich-patriotischen“ Kapitalisten, die mit ihren Millionen doch auch im Kriegsfall weit hinter der Front bleiben. (Sehr gut!)

Klara Zetkin-Stuttgart: Wir dürfen uns die freieste Kritik auch der Reichstagsfraktion nicht nehmen lassen; sonst sinken wir auf das Niveau der Katholikentage, auf das Niveau agitatorischer Schaulustspiele herab. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Auch die Fraktion darf nicht Extratouren machen, bei denen eine weniger sozialistische als mild-bürgerliche Melodie geigt wird. (Heiterkeit.) Die Mißbilligung über die diesmalige Haltung der Fraktion beim Militäretat rührt daher, daß man im Lande den Eindruck hatte, daß die Fraktion nach den Neuwahlen sich nicht bürgerlich zivilisiert oder bürgerlich gemildert hätte zeigen sollen, sondern sich als Steger von morgen fühlte und mit aller Schärfe den grundsätzlichen Gegensatz unserer Partei zum heutigen Militarismus zum Ausdruck brachte. Es mußte deutlich gesagt werden, daß die proletarische Solidarität nicht an den Grenzpfählen halt macht. (Sehr gut!) Es mußte der Unterschied zwischen dem bürgerlichen und dem proletarischen Patriotismus, der im Wesen und nicht im Grade liegt, aufgezeigt werden; der bürgerliche Patriotismus ist konservativ und reaktionär und will das Vaterland nur als Herrschaftsdomäne der bestehenden Klassen erhalten, der Patriotismus des Proletariats dagegen ist revolutionär, er will das Vaterland erobern, um es zu einem wirklichen Vaterland für die breite Masse des Volkes zu machen. (Lebh. Beifall.) Gewiß sind wir die kulturellen Erben des bürgerlichen Nationalstaates, aber nur mit dem Speere kann das Proletariat die Gabe des bürgerlichen Vaterlandes entgegennehmen, Spitze gegen Spitze. (Sehr gut!) Darum können wir gar nicht sagen, wie wir uns bei internationalen Krisen stellen werden; das wird stets von der Situation, vor allem auch von der Reife und der Macht des Proletariats abhängen. (Sehr wahr!) Der heutige Militarismus hat einen zwischenschlächtigen Charakter, er dient als Abwehrmittel gegen den äußeren Feind und als Rechtsinstrument gegen den inneren Feind. (Sehr wahr!) Deshalb dürfen wir dem Militarismus nicht die geringste Konzession machen, auch nicht in Worten. (Sehr gut!) Wir müssen unablässig an der Demotisierung des Heeres arbeiten, um das Vaterland wirklich erobern zu können, arbeiten aber auch an der Ausschöpfung des Militarismus, an der Revolutionierung der Köpfe. (Sehr gut!) Ein preussischer General soll gesagt haben, daß man schon jetzt einen unpopulären Krieg nicht führen könne, weil die Reserve zu sozialistisch sei. Revolutionieren wir so

auch die Köpfe der Jungmannschaften, daß sie nach proletarischer Jugendzucht in die Kaserne kommen, unbrauchbar zum Kampfe gegen den inneren Feind (Sehr gut!), und aufgeklärt auch über die Pflichten internationaler Solidarität. In dieser Aufklärungsarbeit wollen wir proletarische Frauen vorangehen und unseren Kindern lehren, daß es nur einen Feind gibt, den wir alle hassen, und eine Freiheit uns alle freimacht, für die wir alle kämpfen und sterben. (Stürm. langanh. Beifall.)

Stadthagen-Berlin: David wird den Sinn dessen, was ich früher und heute über die Freiheit der Kritik gesagt habe, nicht entstellen können. Den guten Rat, erst im stillen Kämmerlein die Grundprinzipien des Sozialismus zu studieren, kann ich auch heute nur David geben (Heiterkeit), wenn er sich auch wieder, wie nach meiner Lübecker Rede, in einem bürgerlichen Blatte wie die Sozialistischen Monatshefte darüber beschwert (erneute Heiterkeit). Dabei aber trete ich für die volle Freiheit der Kritik auch gegenüber der Fraktion ein. Wir sollten lieber den ganzen Parlamentarismus einpacken, als die Fraktion hinterher oberhalb oder unterhalb jeder Kritik (Heiterkeit und Beifall). Allerdings innerhalb der Fraktion ist eine schulmeisterliche Kritik der einzelnen Reden nicht üblich. Liebknecht sprach vom Verfehlen des Militärdienstes. Wir sind es nicht, die dem Volke den Militärdienst zu verfehlen haben, sondern der Militärdienst selbst wird durch seine drakonischen, barbarischen, das Vaterland schändenden Mißhandlungen der Soldaten und Grausamkeiten ekelhaft, unerträglich für das Volk. Wir aber wollen Freidiegkeit des wehrfähigen Volkes, um ein freies Vaterland so zu verteidigen. Vor allem aber bitte ich die Parteigenossen um freieste, rücksichtsloseste Kritik auch an der Reichstagsfraktion. Hätte sie die Kritik zu scheuen, sollten Sie sie lieber davonjagen (Beifall).

Lebknecht-Potsdam: Mißfallen hat uns an Nozkes Rede die ganze Tendenz: Immer langsam voran! Und diese sanfte Rede war die Antwort auf das provokatorische Bekenntnis der Sinem und Oldenburg zum Militarismus. Das hat weiten Kreisen der Parteigenossen mißfallen. — Meine Äußerungen sind vielfach mißverstanden worden: auch ich will nicht die Wehrlosmachung des Volkes, auch ich will nicht den Soldaten den Kasernendienst dadurch verfehlen oder die Disziplin dadurch lockern, daß ich den Soldaten das Leben zur Hölle mache oder sie zur Insurrektion oder zur Rebellion auffordere, sondern ich will nur eine Zerstückung und Zerlegung des militärischen Geistes durch Aufklärung des Proletariats über das Wesen des Klassenkampfes. (Bravo!)

Gemoell-Essen begründet die Aufforderung an die Fraktion, die gesetzliche Regelung der Pensionskassenstatuten und Wohlfahrtseinrichtungen herbeizuführen. Die Firma Krupp, die jährlich 20 Millionen verdient, nuzt diese Einrichtungen aus, um die Arbeiter zu fesseln und ihre Löhne zu drücken. Öffentlich gelinge es der Partei, diese und andere ebenso geknechtete Arbeiter von diesen „Wohltaten“ zu befreien. (Lebh. Beifall.)

Nebel bedauert zunächst, daß er infolge der Kommissionsverhandlungen an den Vormittagsdebatten nicht teilnehmen konnte. Zur Sache führt er aus: Wenn David wirklich gesagt hat, daß man die Kritik der Fraktion einschränken muß, so muß ich auch ihm widersprechen. Die Kritik der Fraktion muß nach dem Organisationsstatut vollkommen frei und gründlich sein. Ich kann mir gar nicht denken, daß David etwas anderes gesagt hat. (Zuruf: Nein, nein!) Ich stelle dann zunächst fest, daß in der Fraktion kein Wort gegen Nozkes Rede gesagt worden ist. (Hört, hört!) Nozkes Rede war sogar eine gute Jungferrede und hat in vielen Punkten meine Unterstützung und meinen Beifall gefunden. Ich sage das um so lieber, als ich ihm erst jüngst wegen seiner Äußerung über Rosa Luxemburg und anderer Dinge gehörig die Wahrheit gesagt habe. An einigen Stellen der Rede Nozkes zeigte natürlich die Kritik mit Recht ein. Aber wenn Sie an allen Reden im Parlament dieselbe scharfe Kritik üben, so werden wenige Genossen Gnade vor Ihren Augen finden. (Heiterkeit.) Aber das ist nicht wahr, daß Nozke dem Hurratriotismus das Wort geredet hätte. Man kritisiere, aber man bleibe bei der Wahrheit, man übertreibe nicht. (Lebh. Zustimmung.) Ich verlange eventuell

ein Schiedsgericht, um zu prüfen, ob das, was Liebknecht gesagt hat, wahr ist. Nozke hat eine ganze Reihe von Gedanken ausgesprochen, die ausgesprochen werden mußten. In meiner diesmaligen Rede habe ich von unserer Stellung zu den auswärtigen Kriegen gar nicht gesprochen, man kann aber nicht immer die alten Gedanken wiederholen, auch wenn sie gut sind. Diese Rede zum Militäretat war übrigens nicht meine beste Rede, das weiß ich ganz genau, denn darin lasse ich mir feia A für ein U machen. (Heiterkeit.) Der Genossin Zetkin geht es ja ebenso wie mir; sie hält einmal im Jahre eine gute Rede und dann drei bis vier schlechtere, und dazu gehört auch die heutige, die sie besser gar nicht gehalten hätte. (Heiterkeit.) Meine früheren Reden über die Verteidigung des Vaterlandes haben immer wieder betont, daß wir nicht das Vaterland der Kapitalisten verteidigen, sondern unser Vaterland, weil wir das Land, in dem wir geboren sind, den Boden, auf dem wir wohnen, und die Sprache, die wir sprechen, brauchen, um unser Vaterland zu einem Land zu machen, wie es vollkommener und schöner in der Welt nicht ist. (Beifall.) Die Scheu vor einem Bekenntnis zum Kriege und die Angst vor ihm ist ja heute bei den herrschenden Klassen größer als je. Ob ein Angriffskrieg oder Verteidigungskrieg im Einzelfalle vorliegt, ja wenn wir gleichsam gewerbsmäßigen Politikern das noch nicht beurteilen könnten, das wäre ja traurig. Die Forderung, daß ich selbst die Flinte noch auf den Buckel nehmen würde (Heiterkeit), habe ich im Hinblick auf einen Krieg mit Rußland getan, den Lobfeind jeder Demokratie und Freiheit. Lassen Sie nur, ich glaube, ich habe noch die Kraft die Flinte zu tragen und bald feiern wir den hundertjährigen Gedenktage des Zürcher Aufstandes. (Lebh. Beifall und Heiterkeit.) — Die Redezeit ist abgelaufen. Was notwendig war, haben wir ducende Male gesagt, und in jeder Rede es zu wiederholen, ist nicht nach meinem Geschmack, das bringe ich einfach nicht fertig. (Beifall.)

v. Vollmar-München: Der amtliche Bericht verzeichnet hinter Nozkes Rede nach fast jedem Satz Beifall bei der sozialdemokratischen Fraktion; sie kann also so sehr nicht gegen die Parteigrundsätze verstoßen haben. Jahrzehnte hindurch haben wir in schärfster Weise unseren Patriotismus gegen den der Bourgeoisie abgegrenzt. Daß man diese Grundsätze in einer Rede nicht wiederholt hat, daraus kann man niemandem einen Strich drehen. Nun hat man, weil man im einzelnen einen Vorstoß nicht nachweisen kann, gesagt, daß die „sanfte Richtung“ nicht gefalle. Ich selbst habe aber gerade in dieser Session namens der Fraktion eine Erklärung über unsere Stellung zu den auswärtigen Konflikten abgegeben, in der Sie alles das mit der größten Schärfe finden, was Sie bei Nozke vermissen. Ich unterschreibe also Satz für Satz die Nozkeschen Ausführungen und erkläre mir den Widerspruch gegen sie nur aus der Menge von Ärger über die Reichstagswahl, die man nun einzelne Redner auskosten läßt. (Sehr wahr!) — Vollmar wendet sich dann gegen Liebknecht, der gerade mit seiner Propaganda gezeigt hätte, wie schwer es sei, bei dieser Art des Antimilitarismus Vorarbeiten zu vermeiden. Liebknecht habe heute schon zu drei Stellen seiner Rede Erklärungen abgegeben müssen, aber die jungen Rekruten in der Kaserne könnten nicht so erklären und unterscheiden wie Juristen. Unfinnig sei z. B. der Vorstoß, die jungen Leute sollten mit einem Trauerflor in die Kaserne ziehen. Dann freilich, wenn die jungen Leute sich selbst stigmatisierten, ipare die Behörde sich das Registerführen über die jungen Sozialisten. (Sehr wahr!) Deshalb solle man nicht sagen, daß der Antimilitarismus der deutschen Sozialdemokratie in Stuttgart durch den Clan der Franzosen einen Stoß nach vorwärts erhalten habe. Die deutsche Sozialdemokratie sei im Antimilitarismus den anderen Nationen geradezu vorbildlich gewesen, allerdings nicht in dem Antimilitarismus der großen Worte, sondern dem der Erziehung, daß die jungen Leute sich der Kulturideale bemußt werden, sich nicht wie Sklaven behandeln lassen und sich auch im Wasserrod als Bürger fühlen. Auch jedes weitere Stück politischer Macht, das wir erobern, kommt dem Antimilitarismus zu gute. Die neue Art des Antimilitarismus aber müssen wir zurückweisen, weil wir sie unmöglich vor den Menschen oder vor der Partei verantworten können. (Starker Beifall.)

Der Fritz.*)

Skizze von Hans Hyan.

Der Fritz war gerade hinausgegangen in den kleinen Vorgarten des Restaurants, um die Gasfugellampe am Eingang anzuzünden. Nun benötigte er den Anzündler, dessen lange Stange er niedrig hielt, um sich eine Zigarre anzuzünden.

Vom nahen Kirchturm schlug es eben sieben. Um diese Zeit war die Kneipe, das Stammlokal der Bürger der Nachbarschaft, fast leer. Der Kellner konnte sich also schon einen Augenblick ausruhen und ein paar Züge aus der geliebten Zigarre tun.

Es war ein Herbstabend und die Luft so feucht und neblig, daß der Kellner die Normaluhr drüben auf der Mittelallee der breiten Straße nicht erkennen konnte. Und das letzte Laub, das noch an den Zweigen der Bäume hing, glänzte vor Feuchtigkeit im gelben Schimmer der Straßenlaternen.

Jetzt kam mit stampfendem Klingelton die Elektrische unter der Eisenbrücke der Stadtbahn herangesauft, an der Kurve verlangsamte sich ihr Gang und gerade vor dem Lokal von Schwemgke, wo die Haltestelle war, hielt der Wagen.

Nur ein Herr stieg aus. Er blieb auf dem Trottoir ungeschicklich stehen, sah sich rechts und links um und ging, den Schirm aufspannend — denn es fing wieder an, in feinen Tropfen zu regnen — hinüber nach der Normaluhr. Nachdem er auch von hier nach allen Seiten geschaut hatte, betrat er wie mit kurzem Entschluß den Vorgarten des Restaurants.

Als der Herr, der einen Zylinder und Glaces trug und auch sonst wie gekleidet war, an ihm vorüberging, war's dem Fritz gewesen, als kenne er ihn. Inoffen ließ er ihn ruhig in das Restaurant hineingehen. Er selbst tat erst noch ein paar lange Züge aus seiner Zigarre, die er dann, um sie für den Nachhauseweg in der Nacht aufzubewahren, in ein kleine Blechsetui legte. Nun ging auch er hinein; vom Buffet her schallte ihm schon der Ton der Bedienungsklingel entgegen.

Er eilte, im Vorübergehen die Serviette vom Seitentischchen nehmend und sie mit gewohntem Schwung unter den Arm werfend, zu dem Gast hin, der bereits abgelegt hatte und nun die Speisekarte und ein Glas Echtes verlangte.

„Münchner oder Bilsner, bitte?“ sagte Fritz und zog die Speisekarte aus der Fracktasche.

„Münchner...“ Der nonchalante, etwas gezogene Ton dieser Stimme kam dem Kellner bekannt vor; er sah den Gast, der das Gesicht über die Karte gefenkt hielt, schärfer an, ohne in dieser Stellung mehr als einen Teil seines Profils erblicken zu können.

„Und was wählen der Herr?“ „Das wer' ich mir noch überlegen...“

Den Fritz überfiel eine eigentümliche Erregung: den fast affektiert gleichgültigen Ton dieser Stimme, die etwas Abweisendes und verlegend Hochmütiges hatte, den kannte er! Er hätte ihn unter Tausenden heraus wiedererkannt und hatte ihn sicher schon mal irgendwo gehört... mehr als einmal sogar.

In diesem Augenblick hob der Gast den Kopf... Als habe ihn ein Schlag getroffen, zog sich der Kellner mit einem halblauten „Bitte!“ zurück und begab sich an das Buffet.

„Was denn?“ fragte die Wirtin am Bierapparat, wie der Fritz vor dem Schenkstisch stand und sie in tiefen Gedanken nur immer ansah. „Was denn?“

„Münchener!“ sagte der Kellner hastig und legte die Karte auf's Zahlbrett.

Wie er dann das Bier hintrug, eilten seine Augen vor aus zu dem Gaste, der eine Zeitung genommen hatte und darin las.

Ja ja!... Jetzt, wo er ihn so aus einiger Entfernung ganz deutlich sah, da stand es für den Kellner fest: Das war der Kerl!... Der falsche Ausdruck der Augen unter dem korrekt durchgezogenen, hellblonden Schüttel und der blaßerte Zug um den Mund, den der kleine blonde, pomadifizierte Schnurrbart noch affiger machte!... Das stimmte alles!... Und besonders die Narbe am Kinn... die Narbe!... Was bloß einem Wädel an dem da gefallen konnte?!... Unter den Augen hatte er blaue Säcke und er sah

jetzt auch älter aus als damals... Aber natürlich, es war ja auch schon vier Jahre her.

Der Kellner stellte das Bier auf den Unterlag und wendete sich sofort wieder um... Seine jahrelange Schulung als dienender Mensch verbot ihm, den Born, die Wut sehen zu lassen, die ihn im Halle würgte und sein Gesicht rot werden ließ.

„Sie...!“ Klang es hinter ihm drein. „Ich will doch was essen!... Hören Sie denn nicht?“

Der Kellner drehte sich um. „Was befehlen Sie?“

Der Gast sah den Fritz an, wobei er hinaufguckte, schien etwas bemerken zu wollen, schüttelte aber dann nur ganz leise den Kopf und bestellte.

„Ein Beefsteak mit Hindernissen, aber sehr englisch... und 'n bißchen plötzlich, wenn ich bitten darf!“

Der Fritz wollte etwas erwidern, aber er bekam das Wort nicht heraus. Nur seine eine Hand, die er leicht auf das weiße Tisch Tuch gestützt hatte, die bebte.

Und dann ging er und gab die Bestellung an die Wirtin weiter, die eben jetzt in die Küche zurückkehrte, während ihr Mann ihren Platz am Buffet einnahm.

Aber schon im Hinausgehen blieb die rundliche Frau, die ihren Kopf mit dem kleinen grauen Haarknoten, in dem der Schilbpartkamm wie ein Krönchen saß, so voll Würde trug — im Hinausgehen blieb sie noch stehen und flüsterte mit ihrem Manne. Der rief:

„Fritz! Komm' Se doch ma' her!“

Und wie der Kellner, der sich eben am Zeitungsriegel zu schaffen machte, herantrat, sagte der Wirt mit einem jovialen Schütteln seines fugelrunden, kurzgeschorenen Kopfes vertraulich:

„Müssen Sie nicht, Fritz... müssen Sie nicht!... Wissen doch schon, was ich meine!... Er machte, mit gebogenem Arm die Faust hebend, die Gebärde des Trinken. „Nachher, wenn Sie raus sind, denn könn' Se ja machen, wat Se wollen... aber in Dienst nich!... in Dienst nich!“

„Ich hab' nich jectrun'n,“ sagte Fritz und ging wieder zu den Zeitungen.

* Aus der Sammlung moderner Meisterstücken. Verlag Dr. Paul Langenscheidt, Groß-Vichterfeld, Dit.

Cisner - Nürnberg: Was wir hier verhandeln, ist weniger als eine Militärfrage eine Militärfrage (Geister) denn es kommt hier auf die Macht an, die gemacht worden ist, und auf den Augenblick, in dem sie gemacht worden ist. Die diesjährigen Reden unserer Vertreter zum Militärkongress haben weiten Kreisen der Parteigenossen missfallen, weil man glaubte, daß in Nachwirkung des „Niederreitens“ unsere Ideen nicht so scharf betont worden seien, wie dies nötig gewesen wäre. Daß wir Patrioten sind, daß wir die einzig denkbare und logisch mögliche Vaterlandsliebe besitzen, ist so selbstverständlich, daß man das eigentlich nicht ausprechen sollte. Und so erschien diese Betonung des Selbstverständlichen als ein Akt des Entgegenkommens an den Nationalisten - Rummel, der zu unserer Wahlniederlage geführt hatte. Dazu kam die außerordentlich gespannte auswärtige Situation infolge der Gründung des Mittelmeerbundes. In diesem Augenblick stärkten diese patriotischen Reden die Position der deutschen Regierung und erschwerten den ausländischen Parteigenossen ihren Kampf gegen den Militarismus aufs äußerste. Auf die Meinung der ausländischen Parteigenossen sollten wir den größten Wert legen. Und zum Vorbild für unser Verhalten zum Militarismus sollten wir uns den tapferen und heldenmütigen Kampf der französischen Parteigenossen nehmen, nicht Heros, sondern der geeinigten Sozialisten, die jetzt wie in jedem Augenblick ohne jede taktische Rücksicht den echten und wahren Patriotismus predigen. (Beifall.)

Dr. David - Mainz: Ich habe Vorzüge in der Kritik der Reichstagsreden soweit empfunden, als sie agitatorisch möglich ist. Einschränkungen oder gar Verbieten will ich die Kritik schon deswegen nicht, damit nicht Stabshagens Reden ganz unkritisiert bleiben (Geister). Ich bestritte ganz entschieden, daß Mostes und Sebels Reden Mißfallen in weiteren Kreisen hervorgeufen haben. Wir hatten ja schon gründlich und mißsam mit unseren Gegnern aus dem Reichstagswahlkampf abgerechnet, und zwar vor der Militärdebatte. Wenn Cisner die Situation der auswärtigen Politik so ungeeignet für diese Reden fand, so ist auch das falsch, denn Deutschland war in diesen Tagen nicht aggressiv, sondern „eingekreist“. Also hätten wir mit dieser Rede nur wiederkehrend wirken können, indem wir die Idee der entschlossenen Selbstverteidigung laut verkündeten — wenn das nicht alles unnützes Gerede wäre. Ganz abgesehen von jeder Situation bekämpfen wir den Militarismus in der Weise und mit der Methode, die wir bisher große Erfolge erzielt haben. Dann wird auch auf diesem Gebiet der endgültige Erfolg nicht ausbleiben (Beifall).

Ein erneuter Schlußantrag wird wiederum abgelehnt.
Lebebour - Berlin: Der Fall Moste ist deshalb zu einem brennenden geworden, weil die Chemnitzer Volkstimme sich auf das Lob berufen hat, das bürgerliche Blätter Moste als Musteraktion geißelt haben. (Widerbruch Mostes.) Dazu hätte Moste unter keinen Umständen schweigen dürfen. David hat in seiner Polemik gegen Cisner das Geschwätz der bürgerlichen Presse über angebliche Entreisungspläne Englands und der anderen Seemächte gegen und aggressive Absichten gegen Deutschland ernst genommen. Das zeigt, daß David auch in den Fragen der auswärtigen Politik ganz im bürgerlichen Jdeengang befangen ist. (Lachen.) All diese Redereien der bürgerlichen Agenten und Propagandisten sind natürlich reiner Schwindel zur Unterstützung der Weltmacht der germanischen Rasse. (Beif. Zustimmung.) Westruppa denkt gar nicht an einen Krieg mit Deutschland und deshalb war Mostes Rede ebenso unangebracht wie falsch (Beif.).

Kautsky - Friedmann: Bebel hat mich herausgefordert, mich hier darüber zu äußern, warum wir nicht zwischen Angriff und Verteidigungskrieg unterscheiden sollen. Das ist nicht immer leicht, ich glaube, England hat einen Verteidigungskrieg gegen das aggressive Japan geführt. Sollten wir die europäischen Proletariat die Pflicht haben, dem Japansiegern die Japanner mit Begeisterung zu Hilfe zu kommen. Die einzige entscheidende Frage ist die, ob der Sieg dieser oder jener Seite, wenn der Krieg einmal ausgebrochen ist, im Interesse der Demokratie und des Proletariats liegt. An David hat jedenfalls das heutige Proletariat nie ein Interesse, selbst wenn Deutschland dort angegriffen würde. (Beif. Zustimmung.) Unter keinen Umständen darf es dazu kommen, daß französische und deutsche Proletariat beiderseits ihrer Regierungen folgen und sich gegenseitig die Hände binden. Als die deutsche Partei gegen die französische Partei vertritt, da was es nicht im proletarischen Interesse, die französische Revolutionsbewegung zu unterstützen. (Beif. Zustimmung.) Ich habe mich damals schon erkannst zu haben. (Beif. Zustimmung.) Jedenfalls sind wir mit den französischen Proletariats nie enger verbunden.

In den Tagen des Schismas, der hauptsächlich auf die in den Jahren hängenden Streitigkeiten zwischen den Parteien der Sozialisten. Er überhöre schäfflich, daß der Geist in jedem...

„Ja, Kautsky, sind Sie auch? ... Was?“
„Der Sieg würde zum Sieg führen ... Er würde ...“
Aber der Kampf zur Gemächtheit geworden, jedem Parteien zu gebühren, der Geist in der Partei brennt, liegt die sich doch unendlich und der Geist nach neuen Schritten...

„Was haben Sie denn Kautsky?“ sagt der. „Was haben Sie mich denn so an?“
Der Sieg würde ungenügend dem Sieg, aber er liegt nicht...

„Ich meine ungenügend Schicksal, das nicht verstanden...“
„Aber ich bin nicht, meine der Geist...“
„Sagen Sie das geschäftlich ... Und bringen Sie mir ...“

„Ich meine nicht, der Geist den Sieg wieder...“
„Ich meine nicht, der Geist den Sieg wieder...“
„Ich meine nicht, der Geist den Sieg wieder...“

„Ich meine nicht, der Geist den Sieg wieder...“
„Ich meine nicht, der Geist den Sieg wieder...“
„Ich meine nicht, der Geist den Sieg wieder...“

„Ich meine nicht, der Geist den Sieg wieder...“
„Ich meine nicht, der Geist den Sieg wieder...“
„Ich meine nicht, der Geist den Sieg wieder...“

„Ich meine nicht, der Geist den Sieg wieder...“
„Ich meine nicht, der Geist den Sieg wieder...“
„Ich meine nicht, der Geist den Sieg wieder...“

„Ich meine nicht, der Geist den Sieg wieder...“
„Ich meine nicht, der Geist den Sieg wieder...“
„Ich meine nicht, der Geist den Sieg wieder...“

als mit den deutschen Scharmachern und Junkern. (Sehr gut!) Die weltgeschichtliche Bedeutung des Stuttgarter Kongresses liegt gerade darin, daß für die Kriegsgefahr die Proletariat der verschiedenen Länder gemeinsame Schritte verabredet haben. (Beif. Beifall.)

Bebel: Mein Freund Kautsky hat heute sehr unglücklich polemisiert; seine historischen Beispiele waren total verkehrt. (Geister.) Von den russischen Proletariats hat doch niemand eine Unterstützung des Japans verlangt, und in Marokko kann doch unser deutsches Land nicht angegriffen werden. Kautsky hat ja selbst zugegeben, daß wir beim deutsch-französischen Krieg das Richtige getroffen haben. Sollten wir jetzt als ältere und geschulte Leute noch ein solches Ereignis erleben müssen, so werden wir auch schon das Richtige finden, und wenn nicht, wird Kautsky mir schon helfen. (Gr. Beif.)

Genf - Bremen: Die Bremer Bürgerzeitung hat schon vor der „L. W.“ die Moskische Rede so energisch getabelt, wie es notwendig war und der Unwillen der Genossen im ganzen Lande es verlangte. (Hört, hört!)

Dann schließt die Debatte.
In seinem Schlußwort spricht Südekum seine Befriedigung darüber aus, daß im allgemeinen die Fraktion nur Zustimmung gefunden habe. Die Bedeutung des gerügten Einzelfalles hätte den Aufwand einer so langen Diskussion nicht erfordert. (Sehr wahr!)

Nach einer persönlichen Auseinandersetzung zwischen Genf und Moskische über die Antwort, die v. Einem auf Moskische Rede gegeben hat, wird der Antrag Kiel mit großer Mehrheit abgelehnt, alle übrigen Anträge der Fraktion als Material überwiesen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht über den Internationalen Kongress zu Stuttgart.

Referent **Paul Singer:** Der Internationale Kongress zu Stuttgart war eine machtvolle imposante Demonstration des Klassenbewußtens Proletariats aller Länder. Keiner seiner Teilnehmer wird ihn je vergessen können. (Beifall.) Der Kongress hat fruchtbarste Arbeit geleistet. Wenn die deutsche Delegation zwei Mandate kassiert hat, so bedauere ich, daß man ihr dafür falsche Motive unterstellen konnte. (Sehr gut!) Die angenommenen Beschlüsse zur Frage „Partei- und Gewerkschaften“ sind wertvolle Richtlinien für alle Parteien, ebenso die über das Frauenstimmrecht und die Ein- und Auswanderung. Die Resolution zur Kolonialfrage hat zu Differenzen geführt, die aber mehr ein Streit um Worte waren, als um Begriffe. (Sehr wahr!) Die jetzige Einleitung der Kolonialresolution entspricht genau der Resolution des deutschen Parteitages zu Mainz (Hört, hört!), auf deren Standpunkt alle Parteigenossen stehen: wir müssen die Kolonialpolitik des Kapitalismus energisch und völlig rückwärtslos bekämpfen. (Sehr wahr!) Die zweite Frage war die des Antimilitarismus. Die in Stuttgart gefällte Entscheidung konnte der Partei nur zur Genugtuung gereichen, denn der wesentliche Teil der angenommenen Resolution entspricht den Vorschlägen der deutschen Genossen. Die deutsche Partei ist durch Stuttgart in ihrem Ansehen nicht herabgemindert worden. Wir sind durchdrungen von der Überzeugung, daß wir den Bruderparteien in ihren Maßnahmen jede Freiheit gewähren. Sie werden tun, was sie verantworten können. Aber die Freiheit, die wir gewähren, müssen wir auch für uns beanspruchen. (Sehr gut!) Der beste Beweis, daß man überall so denkt, ist die einstimmige Annahme der Resolution. Wir brauchen also nicht bescheiden zurückstehen in dem Gefühl, daß die anderen Nationen radikalere Vorgehen als wir. (Sehr richtig!) Vieles ist in Stuttgart gemeinsame parlamentarische Aktion für gewisse Dinge gewünscht worden. Der Wunsch ist leichter ausgesprochen als erfüllt. Das Interparlamentarische Bureau kann mit dem Austausch der parlamentarischen Drucksachen und der sozialistischen Literatur sehr nützlich wirken. Es auf den Dualistischen Zwiespalt ist der Internationale Kongress ausgezeichnet verlaufen und dafür gebührt den Stuttgarter Genossen der wärmste Dank. (Beifall.) Die Frage, ob die Stärke der Delegationen herabgesetzt werden soll, ist wohl nicht Sache des Parteitags, sondern wird vom Internationalen Bureau geprüft und entschieden werden. Alles in Allem hat der Stuttgarter Kongress gezeigt, daß wir Deutschen vollwertig im Konzert der Bruderparteien mitspielen. Bescheidenheit ist eine Tugend, aber so bescheiden brauchen wir nicht zu sein, daß wir uns selbst als minderwertig hinstellen und uns als weniger revolutionär bezeichnen. Wir sind revolutionär in dem Sinne, daß wir die Köpfe und Herzen revolutionisieren. Ich bitte Sie, sich mit den Beschlüssen des Internationalen Kongresses einverstanden zu erklären.

In der Diskussion erklärt **Lebebour:** Ich habe mich gefreut, daß Singer sich mit der in Stuttgart gefällten Resolution einverstanden erklärt hat. Wenn er aber gemeint hat, es seien eigentlich keine Meinungsverschiedenheiten in der Kolonialfrage vorhanden, so ist das nicht richtig. Ich habe mich gewundert, daß hier die Anhänger von Kautsky nicht das Wort genommen haben, um gegen die Auffassung Singers zu polemisieren. Haben sie sich absichtlich betäubt? Das glaube ich nicht, denn Entwürfen in der Presse haben das Gegenteil gezeigt. Die Kolonialfrage muß in der Partei geklärt werden, heute ist es noch nicht. Sozialistische Kolonialpolitik gibt es nicht und kann es nicht geben. Wir verwerfen die Anwendung bewährter Zwangsmittel gegenüber anderen Nationen. Demut ist nicht schändlich, das schlägt unseren Grundsätzen ins Gesicht. Hier kann ein Unterschied zur Auffassung der Kulturverbreitung hier ist ein Unterschied der prinzipiellen Auffassung vorhanden. Wir müssen jedem Versuch, Gewalt und Unterdrückung fremder Völker zu betreiben, entgegenzutreten. (Beifall.)

Genf - Bader berichtet über den Verlauf der dem Stuttgarter Kongress vorausgegangen internationalen Zusammenkunft, die ein gut Stück Arbeit geleistet hat und das nicht so übergegangen werden darf, wie es hier bisher geschehen ist.

Wagner - Wilhelmshaven: Bei uns in der Königshafenstadt der Nordsee sind wir in bezug auf die Kolonialfrage in etwas anderer Lage als im Binnenlande. Wilhelmshaven verbannt keine Unterstützung der Flottenpolitik. Die Bürgerlichen haben das unsere Arbeiter fortwährend. Dagegen sind wir ungenügend gegen die Kolonialpolitik aufgetreten und der Arbeiter haben uns verstanden. Nur der revolutionäre Kampf kann zeigen, das haben die letzten Wahlen gezeigt, denn wir hatten eine große Stimmenzunahme. Freilich die Regierung kommt uns zu Hilfe. Sie zeigt gerade den Arbeiterbewegungen Arbeiter, wegen das Geld, was die Nationalbanknoten liefert, eigentlich liegt, daß die deutschen Arbeiter nichts davon haben. Dort herrscht die Zuma Polymen die Gewalt mit politischen und militärischen Methoden und jetzt die deutschen Arbeiter. Die Arbeiter werden sich ungenügend dieses Schicksalschicksals von der Kolonialpolitik ab.

Bebel - Berlin: Ich habe wieder in der deutschen Delegation nach im Klaren dem Verhandlungen über die Kolonialpolitik bemerkt können. Ich bin aber in dem Sinne von beiden Seiten so häufig präsent worden, daß ich wieder meinen Vorschlag machen darf, das Wort zu ergreifen.

Ich glaube, daß wir gar keine ernstlichen Differenzen über die Kolonialpolitik haben und daß man in der Kommission des internationalen Kongresses leicht eine Form hätte finden können, die alle befriedigt. (Sehr wahr!) Denn die Frage, ob wir eine sozialistische Kolonialpolitik treiben können, brauchen wir gar nicht zu erörtern, weil es die reine Zukunftsmusik und ein Streit um des Kaisers Bart ist. (Beif. Zustimmung.) Was wir mit unseren Kolonien machen, wenn wir in Deutschland zur Herrschaft kommen, weiß ich wirklich nicht. (Geister.) Der Streit um die „sozialistische Kolonialpolitik“ lohnt nicht die Zeit und das Papier, das dabei vergeudet worden ist. (Lebebour: Das habe ich in der Kommission gesagt.) Um so schlimmer, daß Sie dann nachher zur Förderung des Streites beigetragen haben. In meiner bekannten Reichstagsrede habe ich die schärfsten Angriffe gegen die deutsche Kolonialpolitik, gegen ihr Kautsky, Nord-, Unterdrückungssystem erhoben, das wir unter allen Umständen bekämpfen, und dann hinzugefügt, daß die Kolonialpolitik an sich kein Verbrechen ist, sondern unter Umständen eine Kulturtat. Aber natürlich hat kein Parteigenosse daran denken können, daß die bürgerliche Gesellschaft eine solche Kolonialpolitik treiben würde. Sonst halte ich in diesem Kolonialprogramm jedes Wort aufrecht. Was wir an Konzeptionen und Verbesserungen für die Eingeborenen erreichen können, nehmen wir mit, Lebebour hat in einer Berliner Versammlung gesagt, ich sei kein Papst (Geister). Dafür würde ich mich auch ganz entschieden bedanken, denn der Papst der Sozialdemokratie trüge eine wahre Dornenkrone. Und dafür sind mir mein Kopf und meine Haut zu gut. (Gr. anhaltende Geister.) Aber Lebebour selbst hat den im Reichstag angenommenen Antrag eingebracht, daß man den Eingeborenen in Südwestafrika ihr Land wiedergeben sollte. Wir werden also weiter die Greuel der deutschen Kolonialpolitik an den Bragan stellen und gemäß unserem Parteiprogramm auch praktische Vorschläge machen, um das Los der Unterdrückten und Ausgebeuteten zu erleichtern. Alles darüber hinaus ist unnützes Kopfzerbrechen. (Starker anhaltender Beifall.)
Hierauf werden die weiteren Verhandlungen auf Mittwoch vormittag vertagt.

Zum Tagesordnungspunkt „Alkoholfrage“ liegt folgende Resolution vor:

Die Gefahren des Alkoholgenusses sind mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise für die arbeitende Bevölkerung gewachsen.

Dieselben Bedingungen, die auf deren allgemeine Verelendung hinwirken, haben auch den Anreiz zum übermäßigen Alkoholgenuss und damit dessen Schädlichkeit gesteigert: die Überanstrengung, die ungenügenden Löhne und die ungesunden Wohn- und Arbeitsstätten.

Durch wirtschaftliche und soziale Mißstände wird den Arbeitern ein zu häufiger Genuss von Alkohol aufgezwungen und angewöhnt.

Diese Gewöhnung hat aber nur zur Folge, daß auch wenn diese primäre, wirtschaftliche Veranlassung zum übermäßigen Alkoholgenuss geschwunden ist, ihm oft nicht mehr entzagt werden kann.

Die bürgerlichen Alkoholgegner stellen den Alkoholismus als die vom Volke selbst verschuldete Ursache seiner Not hin und lenken damit — zum Teil nicht ohne Absicht — die Aufmerksamkeit von dessen ursprünglichen wirtschaftlichen und sozialen Ursachen ab, während sie andererseits durch Zwangs- und Strafgesetze den angeblich bösen Willen des Trinkers brechen wollen, jedoch er doppelt büßen muß, was die herrschenden Zustände verschulden.

Der Kapitalismus und der Staat als sein Interessenvertreter haben an der Beseitigung des Alkoholismus nur insofern Interesse, als sie durch die Lasten für seine Opfer und deren verminderte Arbeitsfähigkeit Nachteil erleiden.

Der Parteitag erklärt: Die Schäden des übermäßigen Alkoholgenusses können weder durch Zwangs- und Strafgesetze noch durch Steuergesetze eingedämmt oder gar beseitigt werden.

Trunksuchtsgesetze zur Bestrafung der Trunkenen sind nichts als Ausnahmevorsorge gegen die ärmere Bevölkerung, da sich die reichere ihnen leicht entziehen kann. Der Trunksüchtige ist wie jeder andere Kranke dem Arzte, nicht dem Strafrichter zu überantworten und aus öffentlichen Mitteln ist für ausreichende Heilstätten für Trunksüchtige unter ärztlicher Leitung zu sorgen.

Die Beschränkung der Gastwirtschaften wie des Spirituosenverkaufs würde den Alkoholmißbrauch nur aus der Öffentlichkeit des Wirtshauses in die Heimlichkeit der Wohnung treiben.

Die Besteuerung der leichten alkoholischen Getränke (Bier, Wein, Obstwein) steigert infolge deren Verteuerung nur den Verbrauch von Branntwein. Je höher aber die Steuer auf Branntwein ist, um so mehr plündert sie gerade die ärmsten Schichten aus, da sie seinen Verbrauch nur ganz unwesentlich einschränkt.

Zur Bekämpfung der Alkoholgefahr fordert der Parteitag:

Herabsetzung der Arbeitszeit auf mindestens 8 Stunden, Verbot der Nacharbeit, genügende Ruhepausen während der Arbeit, durchgreifende gewerbliche Hygiene der Werkstätten und Arbeitsmethoden, Schutz der Kinder, Jugendlichen und Frauen, ausreichende Löhne, Beseitigung aller die Lebenshaltung verteuern den indirekten Steuern sowie des Bodens und Wohnungsmieters.

Sehung der öffentlichen Erziehung durch Umgestaltung und Erweiterung des Schulwesens, entsprechend den Beschlüssen des Mannheimer Parteitages über Volkserziehung. Eine durchgreifende Wohnungsreform, Erholungsstätten, Volkshäuser und Volksschulen.

Die Arbeiterorganisationen werden aufgefordert, jeden Zwang zum Genuß alkoholischer Getränke bei ihrem Zusammenkünfte zu beseitigen.

Auffklärung durch Wort und Schrift über die Alkoholgefahr, insbesondere für Kinder und Jugendliche, und die zum Alkoholmißbrauch verleitenden Trinksitten. Kinder müssen vom Alkoholgenuss unbedingt ferngehalten werden.

Den allein wirksamen Kampf gegen die Alkoholgefahr führen die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Klassenbewußten Arbeiterschaft, indem sie deren wirtschaftliche Lage verbessern, und sie lehren, statt im Kaufische Bergescheit und Genuss zu suchen, im Kampfe gegen den Kapitalismus zur Befreiung von Verelendung und Unterdrückung Genugtuung, Erholung und Freude zu finden.

Emmanuel Burm.

3. Verhandlungstag. (Vormittagsitzung.)

Genf - Genf eröffnet die Sitzung kurz nach 9 Uhr und teilt ein Begrüßungsschreiben des jüdischen sozialdemokratischen Bundes für Polen und Litauen mit.

Kaden - Dresden ergötzt den Bericht der Kontrollkommission. Diese hat in ihrer gestrigen Sitzung die Bekämpfung des (Wissenschaftlichen) Allgemeinen deutschen Arbeitervereins gegen die Vorwärtsperiode einmütig zurückgewiesen, weil er eine Abspaltung des deutschen Metallarbeiterverbandes sei und sich nicht mit dem alten lokalen Metallarbeiterverband verschmolzen, sondern diesen in sich aufzunehmen hätte.

Hierauf wird die Diskussion über den Bericht vom internationalen Sozialistenkongress zu Stuttgart fortgesetzt.

Lebedour - Berlin: Ich bedaure, daß ich heute wieder in dieser Frage als erster das Wort ergreifen muß, weil David sich von der Rednerliste hat streichen lassen. Ich finde das um so unbegreiflicher (Geister!) als Bebel gestern seine früheren Reichstagsreden in genau derselben Weise erklärt wie ich und gerade David mit seiner Auslegung der Bebel'schen Reden die deutsche Delegation irregeführt hat. Er hätte daher jetzt entweder seine Beschuldigungen, die er gegen mich und andere radikale Parteigenossen wegen ihrer Haltung in Stuttgart erhoben hat, widerrufen oder nachweisen müssen, daß Bebel seine Reden falsch ausgelegt hat. Aber David erwähnt der Tapferkeit besseren Teil und schweigt. (Geister!) Gleichwohl hat mir gestern Bebel den Vorwurf gemacht, ich hätte einen unnützen Zank provoziert. (Bebel: Beide Seiten!) Ich habe nicht die andere Seite zu verteidigen, sondern mich. (Geister!) Gerade ich habe in Stuttgart die theoretische Einleitung über eine zukünftige „sozialistische Kolonialpolitik“ für überflüssig erklärt und von Kol in stundenlangen Unterredungen überzeugt, daß es besser sei, den ganzen Einleitungsabsatz seiner Resolution zu streichen. Dann aber in der Kommission kamen David, Bernerstorfer, dem wie anderen Österreicher seit ihrem Siege die Staatsmännigkeit bis in die Kniekehlen gefahren ist. (Geister! und Unruhe) und Lermague, der das Wortum seiner Partei für die Unkenntnis des Kongressstaates ermöglichen wollte und verlangte eine Schwächung in der Kolonialpolitik, begrüßten jubelnd die Juagurierung der sozialistischen Kolonialpolitik und verlangten dringend und unbedingt ein positives Zukunftsprogramm für die sozialistische Kolonialpolitik. Ich habe mich also genau nach dem Rate gerichtet, den Bebel uns gestern väterlich erteilt hat. (Geister!) Aber gegenüber den prinzipienwidrigen Seitenspringern der Stuttgarter Kommissionsmehrheit war eine prinzipielle Klärung der Fragen der Kolonialpolitik notwendig, denn gerade aus der mangelnden Präzision der Begriffe entsannete dieser Zweipalt. Nun hat sich Bebel noch gegen die Äußerung von mir gewehrt, er sei kein Papst. Wie bin ich denn zu diesem Satze gekommen? Weil David sich unaufhörlich auf die Bebel'sche Reichstagsrede berief und unaufhörlich Bebel für sich ins Feld führte. (Gehart ruft: Unlauterer Wettbewerb?! Stürmische Geister!) Und da habe ich geantwortet, daß ich notwendigen Falls gegen Bebel genau so vorgehen würde wie gegen David. (Geister!) Und darum ist die Redensart von unlauterem Wettbewerb nur von Gehart ein fauler Witz. (G. Geister!) Bülow nennt in seiner demagogischen Manier Bebel immer Diktator, Kaiser, Imperator usw. Die Art stammt ja von Bülow aus Dresden. (Geister!) Und jetzt suchen dieselben Revisionisten unaufhörlich Bebel auszuschlagen. Gegenüber diesem albernem demagogischen Trieb unserer Gegner haben wir radikale es uns nicht nehmen lassen, uns in Stuttgart wie hier in Essen gegen diese Autoritätsbuscheln aufzulehnen und gegen den Veruch, Bebel zum Papst zu machen, Protest zu erheben. (Beifall.)

Hahse-Kattowitz bespricht die Ausführung der Stuttgarter Resolution zur Ein- und Auswanderungsfrage. Es sei in Deutschland nahezu unmöglich, an die Kontraktarbeitertransporte der Wanderarbeiter etwa auf dem Bahnhof in Myslowitz heranzuführen. Nach den Handelsverträgen sollen ja die ausländischen Arbeiter in Deutschland dieselben Rechte haben, wie die Deutschen. Aber einmal läßt die Polizei stets die Drohung an Ausweisung über ihnen schweben und dann existieren zahllose, nicht Geleise, sondern Polizeiverordnungen, die jede Schifanierung dieser Arbeiter zulassen und ermöglichen. Deshalb müsse zunächst die Veröffentlichung dieser geheimen Verordnungen erreicht und auch weiterhin diese Frage bei der großen Zahl der interessierten Arbeiter mit größter Aufmerksamkeit studiert werden. (Beifall.)

Leurer-Apolda (zur Geschäftsordnung): David ist jetzt nächster Redner. Ich will keinen Antrag stellen, um nicht die Redefreiheit einzuschränken. Aber sich streichen lassen, wenn ein unbehaglicher Redner hinter einem ist und sich jedesmal dann wieder einzutragen, um das letzte Wort zu behalten, ist eine neue Revisionistenweise, die ich die anderen Parteigenossen bitten möchte, nicht nachzumachen. (Beifall und Lachen.)

Borl. Gemoll: Ich werde streng darauf achten, daß dergleichen nicht mehr geschieht. (Stürmische Protestrufe. — Bebel, Bülow und Richard Fischer melden sich zur Geschäftsordnung zum Wort.)

Bebel - Berlin (zur Geschäftsordnung): Gegen diese Handhabung der Geschäftsordnung, wie der Vorsitzende sie angeordnet hat, muß ich Protest erheben. (Allgemeine Zustimmung.) Jeder kann sich jeden Augenblick streichen lassen in der Absicht, nicht zu sprechen, und sich dann in jedem Augenblick, wenn er provoziert wird, wieder eintragen lassen. (Sehr wahr!) Man kann eine Debatte zwar schließen, aber nicht einem Redner verbieten, sich streichen zu lassen und sich dann wieder zu melden, wenn es ihm beliebt. (Sehr wahr!)

Vorsitzender Gemoll: Auch gut, dann lasse ich es so laufen (Geister!), aber dann müssen auch die Beschwerden darüber aufhören. (Zustimmung.)

Dr. David - Mainz (zur Sache): Ich habe mich nur ein einziges Mal in der Rednerliste streichen lassen, weil ich nach den Erklärungen Bebel's und Singers annahm, daß nicht die Absicht bestände, die deutsche Delegation in Stuttgart zu desavouieren, wie das u. a. auch das hiesige Parteiblatt in seinem Begrüßungsartikel gefordert hat. Danach hatte ich eine weitere Debatte für überflüssig. (Lebh. Zustimmung.) Als man mir aber den Vorwurf des Kneifens machte, da mußte ich mich gegen diese Unterstellung verwahren. Ich habe mich weiter gegen die Unterstellung zu verwahren, als ob der Beschluß der Stuttgarter Kommission irgendwie dem Beschluß des Mainzer Parteitag's widerspräche. Auch dieser widerspricht nicht der Absicht, wie es dort heißt, „die Kultur- und Verkehrsbeziehungen aller Völker der Erde miteinander zu entwickeln.“ (Zuruf Lebedour: Das ist doch nicht Kolonialpolitik!) Ob Kolonialpolitik oder Zivilisationspolitik, es ist derselbe Sinn. (Zuruf Lebedour: Sie verstehen ja die ganze Sache nicht!) Geister! Vor Stuttgart ist jedenfalls kein Mensch auf diesem Unterschied herumgeritten. In der Erklärung Bebel's und der Fraktion ist immer von der Kolonialpolitik der Sozialdemokratie die Rede. Bebel ist ja hier und kann sagen, ob ich seine Rede mißbraucht habe oder ob in der Resolution der Stuttgarter Kommissionsmehrheit etwas darin steht, was nicht auch in Bebel's Rede steht. Wir haben eine zukünftige sozialistische Kolonialpolitik immer nur als eine mit den Mitteln der Humanität geführte gedacht und bezeichnet. Die Bebel'sche Rede habe ich in Stuttgart einmal zitiert, in meiner ersten Rede; dazu war ich verpflichtet, weil die deutsche Partei durch ihren Vorstand im Bericht gerade diese Rede als maßgebliche Meinungsäußerung an den Kongress hatte gelangen lassen. Diese Rede steht auch wieder im Vorstandsbuch an diesen Kongress und in der neuesten offiziell. Broschüre. Ich habe oft im schärfsten Gegensatz zu Bebel gestanden, aber alles, was er sagt, deshalb zu bekämpfen, weil es von Bebel kommt, das kann mir nur Lebedour zumuten. (Gitt.) Ich wiederhole also, daß unser erster Beschluß in Stuttgart durchaus im Einklang stand mit dem bisher von uns im Reichstage und in der Agitation einge-

nommenen Standpunkt und mit der ganzen bisherigen Kolonialpolitik der Partei. (Beifall.)

Laufenberg - Düsseldorf: Ich glaube, wir haben es nicht nötig, uns groß zu ereifern. Aber Differenzpunkte in der Kolonialpolitik, die der Klärung bedürfen, sind vorhanden. David ist den Beweis dafür schuldig geblieben, daß der Beschluß der deutschen Delegation in Stuttgart wirklich im Einklang ist mit der Mainzer Resolution. (Sehr wahr!) Das Wort von der sozialistischen Kolonialpolitik wird in die Lande hinausgehen und in der Agitation die größte Vermirung anrichten, wie sie schon getan hat. Bebel's Auslassungen im Reichstag hatten keinen programmatischen Charakter. Sie waren in der Fraktion nicht vorher vereinbart, wie die Mehrheit in Stuttgart glaubte. Vor allem aber ging die van Kolsche Resolution viel weiter: Sie sprach davon, daß der Nutzen der Kolonien übertrieben werde, und erkannte damit die Kolonien als nützlich an. Wir aber haben im Wahlkampf den Arbeitern immer den direkten Schaden der Kolonien nachgewiesen. (Sehr gut!) Woher nimmt die Mehrheit der Stuttgarter Delegation das Recht und das Mandat, die Haltung der deutschen Partei im Wahlkampf so zu desavouieren. (Lebh. Sehr gut!) Darum war der Streit keine Lappalie, sondern eine Wahrung der grundsätzlichen Stellung der deutschen Partei im Wahlkampf. (Lebh. Beifall.) Darum verstehe ich nicht, wie Bebel, der sich sachlich ganz auf unseren Standpunkt gestellt hat, hauptsächlich die deutsche Minderheit in Stuttgart hat angreifen können. (Beifall.)

Klein - Dresden: Ich werde nicht auf die Frage eingehen, die jetzt die Gemüter so erhitzt. (Sehr gut!) Sie werden mir das nicht übel nehmen. (Gitt.) Ich wollte nur sagen, daß die Anfechtung der beiden Frauen-Mandate aus Sachsen keineswegs aus prinzipieller Abneigung gegen die Frauenbewegung erfolgt ist, sondern lediglich aus formalen Bedenken auf Grund des Organisationsstatuts. (Bravo!)

Wurm - Berlin: Die Darstellung Lebedour's war, das bestätige ich ihm als Mitglied der Kommission, vom ersten bis zum letzten Wort richtig. (Hört! Hört!) Alle Befürchtungen, die Lebedour und ich über das Mißverständliche der David'schen Resolution geäußert haben, sind voll eingetroffen. (Sehr wahr!) Ein ungeheurer Wirrwarr war die Folge. David und Richard Fischer erklärten, man müsse die Kolonien behalten und nicht verkaufen. (Hört! Hört! — Widerspruch Fischers.) Dabei hat selbst Caprivi gesagt, daß Deutschland froh sein könne, seine Kolonien los zu werden. Aber die David'sche Resolution gab einer Schaulustpolitik freie Hand, um sie zu drehen, wie der Wind dreht. (Lebh. Zustimmung.) Nur durch die Drohung mit einem öffentlichen Skandal konnten die Delegierten des Nieder-Rheins es durchsetzen, daß David, der hartnäckig an der van Kolschen Resolution festhielt, wenigstens den unangenehmsten ersten Satz der Resolution aufgab. (Widerspruch David's.) Ummehr ist es zu bedauern, daß Bebel nicht die nötige Klärung dieses Wirrwarrs gefordert hat. (Bebel: Ich war gestern sehr klar!), sondern sich auf die Seite David's gestreckt und Lebedour und mich desavouiert hat. Es war ein Glück, daß in Stuttgart der internationale Kongress klüger war als die deutsche Delegation. (Geister! und Beifall.) So konnten wir wenigstens die Schande verhüten, daß von Stuttgart ein Beschluß ausging, der wie ein Schlag ins Gesicht der bisherigen Stellung der Partei zur Kolonialpolitik war. Wir haben glücklicherweise erreicht, daß auch der internationale Kongress jede Kolonialpolitik prinzipiell verworfen hat, in welchen Mantel sie sich auch hüllen mochte. (Lebh. langanh. Beifall.)

Kautsky - Berlin: Ich habe es heute wider mein Erwarten nicht nötig, in die sachliche Verteidigung meiner Stuttgarter Haltung einzutreten. Denn von der Gegenseite wird in die sachliche Debatte überhaupt nicht wieder eingetreten. Ich glaube auch, daß die große Mehrheit des Parteitages sich vollkommen darin einig ist, daß der bürgerlichen Kolonialpolitik keinerlei Konzessionen durch Hintertüren gemacht werden dürfen. (Lebh. Zustimmung.) Haben wir doch von van Kol und Bernheim gehört, daß wir ein Recht der Herrschaft über die niederen Klassen haben, daß wir den Kapitalismus in die Kolonien tragen müssen, daß wir die Kolonien nicht aufgeben könnten und auch nicht dafür agitieren, weil das unserer positiven Kolonialreformpolitik widerspräche usw. Ja, van Kol sprach das furchtbare Wort von der bemanneten Kolonialpolitik, die wir unterstützen müßten. (Hört, hört!) Das alles soll nach David noch auf dem Boden der Mainzer Parteitag'sresolution stehen. (Geister!) Wenn er aber wirklich auf dem Boden der Mainzer Resolution steht, warum bekämpfte er dann den Minoritätsantrag in Stuttgart so wütend. Glücklicherweise hat die Mehrheit des Stuttgarter Kongresses und schließlich auch die der deutschen Delegation die Minderheitsresolution angenommen, und hoffentlich stellt sich auch dieser Parteitag, statt sie zu desavouieren, vollständig auf ihren Boden. (Lebhafter Beifall.)

Liebnecht - Berlin: Das Wort Kolonialpolitik hat wie Militarismus einen traditionellen Sinn. Mit dem Worte „Kolonie“ sagt man schon „Herrschaft“ und „Unterdrückung“. Deshalb war der Standpunkt der deutschen Minderheit in Stuttgart sehr richtig. Die Vogelfreiheit der ausländischen Arbeiter in Deutschland ist für uns ein Grund mehr, uns ganz ernsthaft mit der Ein- und Auswanderungsfrage zu beschäftigen. Nur wenn die ausländischen Arbeiter in Deutschland eine rechtlich gesicherte Stellung erhalten, können wir sie zu Klassenkämpfern erziehen und für die Zukunft verhindern, daß sie unsern deutschen Arbeitern als Lohnrücker und Streikbrecher in den Rücken fallen. (Lebh. Beifall.)

Stadt hagen: Diese Ausweisungspolitik der Regierungen widerspricht geradezu den Staatsverträgen. Die Möglichkeit der Ausweisung ohne jeglichen Grund muß genommen werden. Erfreulich ist, daß man sich in Stuttgart in bezug auf die Kolonialpolitik schließlich auf die Grundlage der Mainzer Beschlüsse gestellt hat. (Beifall.)

Blöck - Berlin wendet sich gegen das unglückselige Wort Bebel's, daß der Kampf um die Kolonialpolitik ein Streit um des Kaisers Bart sei. Es handele sich nicht um ein Zukunftsproblem, sondern um eine ganz aktuelle Frage.

Dr. David bestreitet, daß er für den Teil der van Kolschen Resolution, der vom Nutzen der Kolonien spricht, ohne weiteres eingetreten sei. Erst nach Ablehnung seines Antrages habe er sich für diese Fassung entschieden. Im übrigen dürfe in der Kolonialpolitik nicht bevormundet werden, sondern man müsse erziehen. **Bebel:** Die Frage des Ausweisungsrechts ist ungeheuer wichtig. Eine Änderung der bisher bestehenden Grundsätze in dieser Beziehung ist notwendig, das hat selbst der Deutsche Juristentag anerkannt. Die heutigen Auseinandersetzungen über die Kolonialpolitik haben die Sache nicht klarer gestaltet. Die Hauptsache, auf die es ankommt, nämlich die Zustimmung zu den Beschlüssen des internationalen Kongresses ist von keiner Seite in Frage gestellt worden. Um was dreht sich denn der Streit? Der erste Satz der Resolution van Kols ist ja gestrichen worden, was also weiter darüber reden. Den zweiten Satz von der sozialistischen Kolonialpolitik überhaupt habe ich einen Streit um des Kaisers Bart genannt. Das halte ich auch anrecht. Ich glaube, wir werden einmal Kolonialpolitik treiben müssen. Wie wir es tun, ist Zukunftsmuß. Bebel geht dann auf die Haltung

der französischen Genossen in der Marofffrage ein und erklärt: Der Perceismus hat bei der ersten Gelegenheit glänzend Fiasko gemacht. Er ist nichts als eine hohle Seifenblase. Im übrigen sollte man das gegenseitige Festhalten auf gefallene Worte unterlassen. (Lebh. Zustimmung.) **Richard Fischer - Berlin:** Wurm hat auf meine Rede in der Berliner Versammlung bezug genommen und gemeint, der Bericht im „Vorwärts“ müsse richtig sein, denn ich hätte ihm nicht widersprochen. Das ist doch eine eigenartige Beweisführung für einen Redakteur. Weil jemand dem, was ein anderer über ihn geschrieben hat, nicht widersprochen hat, so muß es richtig sein. In Wahrheit ist gerade der in Frage kommende Satz im „Vorwärts“ unrichtig wiedergegeben. Weshalb ich nicht widersprochen habe? Weil man mir sagte: sei Du der Bescheidere und gib der Welt nicht das Schauspiel eines neuen Parteistrits. Um des lieben Partefriedens Willen habe ich geschwiegen. (Bravo!)

Karl Kautsky: David bestreitet, gesagt zu haben, er wolle den Kapitalismus in den Kolonien etablieren. Wenn man den Kapitalismus in den Kolonien für notwendig hält, ihn dort fördern will, so ist das ungefähr dasselbe. David hat weiter getritten, daß er irgendwie für die gegenwärtige Kolonialpolitik sich ausgesprochen habe. In Stuttgart hat er die Frage aufgeworfen, was wir mit der überbevölkerung anfangen sollen, falls wir keine Kolonien hätten, und er hat weiter die Notwendigkeit der Kolonien als Absatzgebiete für die kapitalistische Mehrprodukte, die in der Heimat keinen Absatz finden könnten, bezeichnet. Das sind alles rein kapitalistische Gedankengänge, das ist der reine Dornberg. (Geister! und Beifall.)

Blöck - Berlin gibt zu, daß er die Erklärung der „Frankfurter Volksstimme“ noch nicht gelesen hatte, bestreitet aber, daß das Nicht-Hervorheben der Befürwortung der Jaureschen Aktion als der Mittelung eines Korrespondenten ein schwerer Fehler des „Vorwärts“ sei. Damit schließt die Diskussion. In seinem Schlußwort bestreitet

Singer dem Genossen David gegenüber, daß er auch den deutschen Majoritätsantrag als übereinstimmend mit der Mainzer Resolution bezeichnet habe; aber andererseits könne er der deutschen Minderheit den Vorwurf nicht ersparen, daß sie nicht die anscheinend vergessene Mainzer Resolution wieder hervorgeholt und als deutschen Antrag aufgenommen hätten. Dann wäre es wohl nie zu dem Beschluß gekommen, den so die Delegation tatsächlich geplant hat. (Sehr wahr!) Denn von keiner Seite, das dürfen wir den Genossen wohl glauben, ist eine prinzipielle Änderung unserer bisherigen Kolonialpolitik gefordert. Alle Genossen werden sich den Stuttgarter Beschlüssen einstimmig anschließen, und darum hätten wir dem Parteitag diesen häuslichen Streit einzelner Genossen (Böllmar: Scheußlichen Streit) ersparen können. Die Genossen hätten sich auch das Ausgraben aller vielleicht irreferenten Auslassungen sparen können. Denn, das ist doch die Hauptsache, wir alle teilen den Standpunkt schroffster Bekämpfung der kapitalistischen Kolonialpolitik. (Lebh. Beifall.)

In einer persönlichen Bemerkung hält David gegen Kautsky den Vorwurf der Entstellung seiner Worte aufrecht. In der Abstimmung erklärt sich der Parteitag nach Singers Vorschlag mit den Beschlüssen des internationalen Sozialistenkongresses einstimmig einverstanden. (Bravo!)

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die

Meisner.

Referent **Richard Fischer - Berlin:** Die anscheinenden Differenzen früherer Jahre über die Meisner sind noch stets harmonisch ausgeglichen worden. Partei und Gewerkschaften wurden auch in dieser Frage noch immer eins. Daß gleichwohl die Gewerkschaften mit der Meisner in ihrer bestehenden Form nicht sehr zufrieden waren, ist bekannt. Infolgedessen trat die Gewerkschaftsdelegation in Stuttgart an uns mit dem Antrage heran, die Hälfte der Kosten für die Meisner-Ausgesperrten zu übernehmen. Wir aber glaubten bindende Beschlüsse über die finanzielle Belastung der Partei nicht fassen zu können, sondern dies dem Parteitag zu überlassen. Nur prinzipiell erklärten wir uns mit der Tragung eines Teils der Kosten durch die Partei einverstanden. Die Verhandlungen, die zur Ausführung dieses Beschlusses zwischen Parteivorstand und Generalkommission inzwischen stattgefunden haben, haben bei der Kürze der Zeit noch zu keinem praktischen Vorschlag an Sie geführt. Doch haben beide Teile den ernstesten Willen zur Verständigung und würdigen Begehung der Meisner. Ich bitte Sie deshalb zu beschließen, daß wir die Verhandlungen mit der Generalkommission im Sinne der Stuttgarter Beschlüsse fortführen und einstweilen den Beschluß des Mannheimer Parteitag's neu zu bekräftigen. (Beifall.)

Blum - Hamburg tadelt den Brunserslaß des Parteivorstandes, der kurz vor der Meisner erschienen sei. Selbst auf die Gefahr hin, daß die Scharfmacher eine große Arbeiterorganisation vernichteten, waren die Hafenarbeiter Hamburgs entschlossen, die Meisner durch Arbeitsruhe zu begeben. — Redner verlangt vom Referenten eine authentische Erklärung darüber, ob die Hamburger Parteifortworteure berechtigt seien, am 1. Mai die Verteilung des „Echo“ zu verweigern.

Welfe - Bochum: Die Art der Regelung der Meisner im Ruhrrevier ist jetzt keine würdige. In der Arbeitsruhe nehmen in unserem ganzen großen Wahlkreis keine 1000 Menschen teil. Der Antrag auf Teilnahme der Partei an den Kosten der Ausperrung bedeutet nun ja doch eine Abwägung der Meisner. Da sollten wir doch lieber offen erklären, daß wir die Arbeitsruhe am 1. Mai nicht haben durchführen können und wir sie fallen lassen. (Lebhafter Beifall.)

Röppe - Harburg bedauert das Hinansögern der Entscheidung über die Unterstützungsfrage und die ständigen Brunserslässe des Parteivorstandes. Im ehemaligen nordwestlichen Belagerungsgebiet sei die Meisner eine gewaltige Demonstration geworden. Sie würde auch in ganz Deutschland solche Fortschritte machen, wenn nicht die heillose Zerrfahrenheit auch in den leitenden Kreisen wäre.

Fischer - Hamburg: Um die Regelung der Unterstützungsfrage kommen wir nicht herum. Wir wären allerdings mit der Arbeitsruhe viel weiter, wenn nicht immerfort gebremst würde, namentlich vom Metallarbeiterverband. Wir müßten wie die Österreicher im geeigneten Augenblick unsere ganze Kraft für die Arbeitsruhe einsetzen. Der diesjährige Aufruf des Parteivorstandes hat die Stimmung in den Arbeiterkreisen ganz veranmt. (Sehr wahr!) Die Ausperrungen werden von Jahr zu Jahr schwächer, auch die Unternehmer haben darin ein Haar gefunden! Oder sie verbluten sich daran und leisten dann bei Lohnkämpfen weniger energischen Widerstand.

Beyer - Essen: Im Essener Kreise ist die Meisner vorwärts gegangen. Das wäre im ganzen Ruhrrevier der Fall, wenn nicht die Schreibweise der Bergarbeiterzeitung ihre Ausbreitung hinderte. Gerade nach den letzten Reichstagswahlen müssen wir der bürgerlichen Gesellschaft zeigen, daß wir sie mit der alten Schärfe bekämpfen. (Beifall.)

Denke - Bremen: Wenn die Verhandlungen mit den Gewerkschaften bis zur nächsten Meisner noch nicht abgeschlossen sind, fürchte ich, daß dann eine Anzahl Gewerks-

